die randschau

Zeitschrift für Behindertenpolitik

Nr. 6 November / Dezember '92 7. Jahrgang Einzelpreis 5 DM G 7955 F



Schwerpunkt

UTOPIEN

EDITORIAL

Die Utopien-Nummer als Jahres-Abschluß. Auch wenn in Teutschland der faschistische Straßenterror regiert und uns kaum etwas ferner liegt als augenblicklich zu feiern: ein bißchen stolz sind wir doch auf das Erscheinen dieser Nummer. Denn für uns, die Redakteurinnen und Redakteure der 'randschau', ist mit dieser Nummer ein Stück Utopie, ein kleines Stück Realität geworden. Ein Jahrgang 'randschau' mit neuer Frau- bzw. Mannschaft, eine fast regelmäßige Erscheinungsweise und LeserInnen, die uns unterstützt und gefördert haben: Eigentlich ein Grund zu feiern.
Doch unser Jubel ist, wie eigentlich auch nicht anders zu erwarten, gedämpft.
Um das Projekt 'randschau' auf Dauer abzusichern, braucht es eben etwas mehr, als den guten Willen und den Spaß am Zeitschriftenmachen. Es braucht berechenbares Geld. Deshalb wird ab dieser Nummer die angekündigte Anhebung der Abogebühren vollzogen. Deshalb starten wir ab dieser Nummer mit einer Abo-Ketten-Brief-Aktion. Denn nur ausreichend Abos sichern uns das Geld, das wir über Anzeigen niemals hereinbekommen können. Jedoch kann dies nicht ohne Euch, die Leserinnen und Leser der 'randschau', funktionieren. Wir brauchen Euere Unterstützung! 5.000 'randschau'-LeserInnen und das Projekt wäre aus dem finanziellen Schneider. Deshalb greifen wir jetzt zu den Sternen! Der dieser Nummer beiliegende 'Kettenbrief', den wir kopierbar gestaltet haben, soll durch Euch größtmögliche Verbreitung finden. Also kopiert und verschickt (an Bekannte, FreundInnen, etc.), damit 'die randschau' weitermachen kann.
1993 wird für für uns ein entscheidenes Jahr: Alles bleibt wie es war und Alles wird anders: Die 'randschau'-Redaktion wird das Projekt in die eigenen Hände und Füße nehmen. Ab dem 1.1.1993 wird 'die randschau' durch den neu gegründeten Verein 'krüppeltopia' e.V. herausgegeben. Das Projekt verläßt damit den Ce Be eF - Köln, der seit Beginn an 'die randschau' produziert und unterstützt hat. Für die Unterstützung im letzten Jahr gilt dem alten Hg. unser Dank. Aber so, wie die Menschen, die sich zu einem unabhängigen Zeitschriftenprojekt bekennen, wechseln, sind auch andere, von den MacherInnen kontrollierte Strukturen vonnöten. Dies wollen wir mit dem Wechsel erreichen. Ein Mehr an Arbeit kommt auf uns zu, jedoch hoffen wir auch auf ein Mehr an Unabhängigkeit. Wenn also in Zukunft geschlunzt wird, liegt es ganz bestimmt an uns.
Für Euch, als LeserInnen und AbonnentInnen, ändert sich kaum etwas, außer eine veränderte Kono-Nummer (die auf den Abo-Karten und dem Ketten-Brief bereits vermerkt ist.
Spenden werden in Zukunft weiterhin steuerlich absetzbar sein und Geld brauchen wir immer und immer Neu in rauhen Mengen.

Jörg Fretter

Betreff: Abo - Adressenänderungen

Klar hat mensch bei einem Umzug andere Dinge im Kopf, als ausgerechnet seine neue Adresse der Aboverwaltung der 'randschau' mitzuteilen. Wollt Ihr jedoch diese Zeitschrift weiter regelmäßig bekommen, solltet Ihr schon dran denken. Die Post macht es sich einfach, sie vernichtet die nicht zustellbaren Exemplare. Und: Für den Reißwolf sind wir uns (und Euch wohl auch) zu schade.
Adressenänderungen an:
Abo & Vertrieb, die randschau, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, Tel.: 0561 / 8 45 78

Geplant für die nächsten Ausgaben:

- Jan./Feb.-Nummer
  Schwerpkt.: **Assistenz**
  Red.schluß: **15.1.1993**
  Anz.schluß: **31.1.1993**
- März/April-Nummer
  Schwerpkt.: **Rassismus**
  Red.schluß: **15.3.1993**
  Anz.schluß: **31.3.1993**

Zusendungen und Beteiligung sind auf das Äußerste willkommen!!!

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Auslieferung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

"Die RechthaberInnen"

Nicht mehr ganz taufrisch, aber immer noch brandaktuell: Unter dem Titel "Die RechthaberInnen" hat die Arbeitsgemeinschaft Antidiskriminierung beim AStA der Uni Mainz im September eine Zusammenstellung von Texten zur aktuellen Debatte um die neue Verfassung und zu darüber hinausgehenden Antidiskriminierungsgesetzen herausgeben. Der 77-seitige Reader enthält Texte zu den Bereichen Frauen, Schwule, Behinderte und AusländerInnen.
Die HerausgeberInnen sehen in der neuen Verfassung eine Chance, die Rechte benachteiligter Gruppen zu verbessern. "Diese Anliegen sollten unserer Meinung nach nicht nur in diversen Einzelverbänden artikuliert werden, sondern zusammengetragen und kontrovers diskutiert werden. Dadurch kann eine breite Öffentlichkeit in der Diskussion zu der neuen Verfassung erreicht werden. Das ist umso dringender notwendig, da die zur Zeit tagende Verfassungskommission bisher in aller Stille gearbeitet hat. Es ist unserer Meinung nach wichtig, daß die Diskussion um die neue Verfassung, einer Frage, die jede/n betrifft, in aller Öffentlichkeit geführt wird und die Mitbestimmung durch eine Volksabstimmung (Volksentscheid) gewährleistet ist."
Ein erfreulicher Blick über den "Antidiskriminierungsgesetz für Behinderte" - Tellerrand!
Der kostenlose Reader sowie weitere aktuelle Texte zu den unterschiedlichen Themebereichen sind erhältlich beim AStA der Uni Mainz, Staudingerweg 21, 6500 Mainz, ☎ 06131/ 39 48 01, Fax 37 18 57.

Selbstverteidigung für behinderte Frauen

Ein Frauenseminar zum Thema "Selbstverteidigung für gehbehinderte/rollstuhlfahrende Frauen" veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden (AG G) vom 8. - 10. Januar in Oberwesel.
Im Kurs soll daran gearbeitet werden, eigene Kräfte zu entwickeln und eigene Möglichkeiten zu entdecken und Angst, Verzweiflung, aber auch Schuldgefühle in Kraft und Selbstvertrauen umzuwandeln. Gearbeitet wird an der Körperbeherrschung, an Atem und Stimme. Über Gespräche und Rollenspiele werden Gewalt, (sexueller) Mißbrauch, Angst, Unterdrückung und Diskriminierung thematisiert werden.
Referentin ist die rollstuhlfahrende Lydia Zijdel aus den Niederlanden. Sie gibt seit 1984 Selbstverteidigungskurse für körperbehinderte Frauen und Mädchen und bildet auch Lehrerinnen für eben solche Kurse aus.
Information und Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten- und Hochschulgemeinden (AG G), z.Hd. Frau Helene Panzer, Rheinweg 34, W-5300 Bonn 1 oder ☎ 0228/ 23 40 21 (Beate Schwittay).

Gesucht:

'die randschau' sucht Erfahrungsberichte zum Thema "Selbstverteidigung für behinderte Frauen" für ein Schwerpunktthema. **Kontakt: U. Lux, Huttropstraße 41, 4300 Essen 1, ☎ 0201/274916**

Der Zaun muß weg!

Stopp für schulische Integration in Nordrhein-Westfalen?

Die zur Zeit im Düsseldorfer Landtag laufenden Haushaltsberatungen werden u.a. die Weichen für den gemeinsamen Unterricht im Schuljahr 1993/94 in NRW stellen. Aus diesem Grunde haben sich im Sommer 1992 verschiedene Organisationen zu einem Aktionsbündnis "Gemeinsam spielen, lernen leben" zusammengeschlossen, um mit einer Kampagne auf diesen Entscheidungsprozeß Einfluß zu nehmen.

Zur Zeit nehmen in NRW über 500 Kinder mit Behinderungen an 80 Schulen an dem Versuch "Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder in der Grundschule" teil. Für die zusätzliche personelle Verstärkung kommt das Land auf, für die zusätzlichen Sachkosten der Schulträger. Der Übergang der behinderten Kinder an eine weiterführende Schule ist zur Zeit nur an 5 Orten möglich, da bisher nur Gesamtschulen ebenfalls im Rahmen eines Schulversuchs den gemeinsamen Unterricht in der Sekundarstufe I fortführen können. Für die meisten behinderten Kinder ist nach vier Jahren Integration die "weiterführende" Schule die Sonderschule.

Für das Schuljahr 1993/4 sind keine weiteren Stellen für den integrativen Unterricht vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt wird der Schulversuch in den Grundschulen beendet sein, doch es ist davon auszugehen, daß wesentlich mehr Kinder als bisher am gemeinsamen Unterricht teilnehmen wollen. Auch für die weiterführenden Schulen soll es künftig nicht mehr Stellen geben. Neue Anträge von Schulträgern und Elterninitiativen auf Teilnahme am Integrationsversuch werden gegenwärtig abgewiesen.
Das Aktionsbündnis, dem bereits über 30 verschiedene Organisationen - von der GEW bis zum Kinderschutzbund - beigetreten sind, begleitet die Beratungen im Landtag durch zahlreiche Aktionen unter dem Motto "Der Zaun muß weg!"
Ein Aufruf, in dem Parlament und Regierung aufgefordert werden, "...alle Voraussetzungen für ein gemeinsames Spielen, Lernen und Leben jetzt zu schaffen", soll dem Landtag im Frühjahr mit einer Unterschriftenliste übergeben werden.

Selbst wenn - mit viel Glück - ein paar LehrerInnenstellen mehr für die Integration bewilligt werden sollten, gibt es nach wie vor keinen Rechtsanspruch auf Nichtaussonderung. Die wohlklingenden Versprechungen der Landtagsabgeordneten sind auf Sand gebaut. Zudem ist ohne gesetzliche Regelung, die ein freies Elternwahlrecht der Schulform garantiert, Integration nach wie vor abhängig vom Willen der einzelnen LehrerInnen, Schulen und Schulträger.
Plakate, Informationsmaterial und Unterschriftenlisten sind erhältlich bei Aktionsbündnis, c/o Frank Hoffmann, Renatastr. 2, 4300 Essen 1, ☎ 0201-791493

Bundesweites Treffen

Das nächste bundesweite Treffen des Forums der Krüppel- und Behinderteninitiativen findet vom 19. bis 21. Februar 1993 wieder in Melsungen statt. Geplant ist eine weitere, vertiefte Auseinandersetzung mit Rassismus.
Infos, wo die Anmeldeunterlagen zu erhalten sind, gibt es bei allen drei 'randschau'-Redaktionen.

Kleinanzeigen:

politisch aktive krüppelprinzessin sucht nicht völlig frustrierten, schönen, intelligenten, lebenspraktischen ZDL'er (keine schicht, keine pflege, kein schloß am wörthersee)
Hanne ☎ 040 / 43 28 86

GESUCHT:
Elektromobil (10 km/h) überdacht, günstig zu kaufen.
☎ 02102 / 47 38 56



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Utopien - sind sie uns ausgegangen?

Hoyerswerda, Rostock, Eberswalde, Mölln, Stendal, Halle, Großburgwedel, Flensburg, Erlangen; Einbecker Empfehlungen, "Liegenlasen" behinderter Neugeborener, 'Euthanasie'-Diskussion, PflegeverUnsicherung, Kürzungen im Sozialbereich und, und, und. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Angesichts der Realitäten in diesem unserem Lande könnten einem da schon die Utopien abhanden kommen und einige Antworten, die wir auf unsere Nachfrage nach Utopien erhielten, gingen auch in diese Richtung. Aber brauchen wir nicht auch eine ganz persönliche oder politische Utopie, um für die Kämpfe, die angesichts der angedeuteten Realität noch ausstehen, Kraft, Überzeugung und Hoffnung zu haben?
Was ist (noch) vorhanden, übriggeblieben von den großen Hoffnungen, von der großen Aufbruchstimmung, die vor zehn Jahren den Schwung, die Dynamik und das Selbstvertrauen der Krüppel- und Behindertenszene ausmachte; ja vielleicht war auch vor zehn Jahren der Begriff Bewegung gerechtfertigt.
Es ist relativ ruhig geworden (das ist keineswegs krüppelspezifisch). Einige mauserten sich zu hochkarätigen Spezialisten in eigener Sache, da fällt es schwer, noch Zeit für die "Bewegung" zu erübrigen. Einige liebäugeln mit dem krüppelpolitischen Altenteil. Die Aufbruch- und Kampfstimmung hat der Ernüchterung Platz gemacht. Pragmatismus macht sich breit; da kann man(n) sich dran festhalten. Die Ziele möglichst realistisch stecken, scheint die Devise. Aber brauchen nicht auch Pragmatiker eine Utopie, die über das Greifbare hinausgeht?
Wir tun uns schwer damit, über die tägliche Diskriminierung hinaus zu denken, doch scheint, wir hätten es nötiger denn je. Was ist dabei Utopie, eine Überzeugung oder Hoffnung, an der Orientierung möglich ist, was ist Illusion, die Sehnsucht nach dem Prinz, der Dornröschen wachküsst und alles ist gut.
Wie wir sehen werden, gibt es noch mancherlei Utopien. Wir waren zwar etwas enttäuscht, weil Viele, die wir fragten, nicht antworteten (keine Lust? keine Zeit? keine Utopie?). Doch möchten wir uns bei denen bedanken, die auch auf die Zumutung hin, nur eine Seite schreiben zu sollen, uns ihre Gedanken mitteilten.
Wem es gelingt, die Beiträge von Volker van der Locht und Thomas Schmidt nicht am nächstbesten Parteiprogramm zu messen, dem werden vielleicht unerwarteterweise ein paar Aha-Erlebnisse zuteil.

Es gibt auch eine randschau-Utopie:
5000 AbonnentInnen und viele tolle Artikel und LeserInnenbriefe!
Und vielleicht wird irgendwann das Krüppelforum (wieder) ein Ort, der ganz vielen verschiedenen Krüppeln eine (krüppel)politische "Heimat" bieten kann. Ein Ort, an dem sich miteinander streiten und kämpfen, lachen und weinen läßt - für eine andere "Kultur der Normalität".

Gewaltige Einsichten

In den vergangenen Jahren begegneten uns Philosophen meist in ihrer Funktion als Bioethiker, die den Mord an Behinderten predigten. Ein Philosoph anderer Art soll im folgenden vorgestellt werden - Walter Benjamin. Seine Kritik an den existierenden Verhältnissen legt gesellschaftliche Grundkonflikte offen, die auch für eine politische Utopie der Krüppel/frauen-Szene Ansätze zur Diskussion bieten.
Rezipiert werden aus der Reclam-Ausgabe "Walter Benjamin: Sprache und Geschichte. Philosohische Essays" zwei Veröffentlichungen: "Zur Kritik der Gewalt" S. 104-131 und "Über den Begriff der Geschichte" S. 141-154. Seitenangaben bei Zitaten beziehen sich auf dieses Buch.

Vergangenheit und Zukunft

"Die Tradition der Unterdrückten belehrt uns darüber, daß der 'Ausnahmezustand', in dem wir leben, die Regel ist. Wir müssen zu einem Begriff der Geschichte kommen, der dem entspricht." (S. 145) Walter Benjamin verstand seine Thesen zur Geschichte nicht als wertneutrale Historie, vielmer hing der Blick auf das Vergangene vom gesellschaftlichen Standpunkt des Betrachters ab. Die Aneignung der Vergangenheit durch die Unterdrückten legt somit nicht nur Sachverhalte offen, die von den jeweils Herrschenden verschwiegen werden, sondern bildet auch einen Teil der Auseinandersetzung der Menschen mit den bedrückenden Verhältnissen.

Ein solches Geschichtsverständnis kommt uns Krüppel/frauen nahe, bildete das Aufdecken von Aussonderung, Sterilisation und Vernichtung in der Geschichte eine wichtige Basis dafür, die Spuren der Vergangenheit in der Gegenwart wiederzufinden. Dieser Zugang gründet darauf, wie wir uns als gegenwärtig sehen. Das Wiederfinden von Menschen mit gleicher oder ähnlicher Behinderung damals macht heute eine Identifikation mit den historischen Opfern möglich, in der Kontinuitäten der Täter und ihrer Therapien deutlich werden.

Unser aktuelles Bild von Behinderung ist jedoch durch den Verlauf der Geschichte geprägt. Insofern ist unsere Sicht von Krüppel-Sein ein Ergebnis eines historischen Prozesses, der nicht abgeschlossen ist, sondern weiterhin anhält. Das heißt, auch künftig ändert sich das Verständnis von Behinderung oder das, was ein Mensch mit Behinderung ist. Mit der Umsetzung vor- und nachgeburtlicher Vernichtung werden künftig Menschen nicht mehr existieren, die heute noch unter dem Oberbegriff "Behinderte" einbezogen sind. Darin repräsentiert sich aber nur die eine Seite einer Entwicklung. Welche Bedeutung haben z.B. die Pläne des ArbeiterInnen-Screenings, bei der die Beschäftigten oder BewerberInnen auf genetische Dispositionen untersucht werden, um sie bei eventuellen Gefährdungen durch Arbeitsmaterialien von bestimmten Arbeitsplätzen fernzuhalten. Die fürsorglich gemeinten Strategien gegen sog. Abweichende - auch dies zeigt die Geschichte - wendete sich allzu oft gegen die Betroffenen. Im erwähnten Beispiel kann die Maßnahme des Arbeitsplatzwechsels, die als Schutz des Menschen vor gesundheitsstörenden Giften dargestellt wird, sich ähnlich negativ wenden, indem bei Vorliegen einer sog. Erkrankungsdisposition eine Nichteinstellung oder Entlassung die Folge ist. Diese nicht so unrealistische Befürchtung läßt eine neue Kategorie des Krüppels wahrscheinlich werden, des "Gen-Behinderten", den es heute noch nicht aber morgen gibt.

Bei den "Gen-Behinderten" ist momentan noch offensichtlich, daß die Menschen den Arbeitsplätzen angepaßt werden. Die Frage der Veränderung des Arbeitsplatzes zugunsten der dort Beschäftigten bleibt außen vor. Das läßt danach fragen, in welchem Maße eine vom Interesse der Stigmatisierung geleitete Politik in der Verpackung der positiv besetzten Begriffe der "Hilfe" etc. verkauft wurde. Zu fragen bleibt auch, ob nicht unser heutiges Bild von Krüppel-Sein durch Definitionen geprägt wurde, die schon über Jahrzehnte verinnerlicht wurden und heute wenig hinterfragt werden.

Recht und Ordnung

Die fürsorgliche und helfende Haltung wurde (wird) uns von Politikern und Wohltätern vielfach als ein Fortschritt im Sinne einer besseren sozialen Absicherung mittels gesetzlicher Regelungen verkauft. Dahinter steht ein Staatsbewußtsein, daß mit der Einführung von Gesetzen staatliche Garantien zur Verbesserung unserer Lebenssituation verknüpft sind. Problematisch hingegen ist die Tatsache, daß innerhalb der Bewegung und einigen etablierten Behindertenverbänden eine ähnliche Position der Fortschrittsgläubigen vertreten wird. Dies gilt insbesondere bei der Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz (DAG). Erwähnenswert ist die DAG Debatte schon deshalb, weil sie eine dominante Strömung politischer Perspektive (Utopie!?) in der Krüppel/Behindertenszene darstellt.

Eine Verbindung zu den "wohlmeinenden" und von uns kritisierten Politikern, so wird von den Vertretern einer Gesetzesänderung für Krüppel eingewendet, existiert jedoch nicht, da diese "Volksvertreter" in der Regel Nichtbehinderte sind und es bisher an Einsicht haben vermissen lassen, angemessene Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen. Ein ADG hingegen, von uns formuliert, würde diesem Anspruch gerecht werden, da nur wir wissen, welche Bedürfnisse wir haben.

Ein Gesetz zur Beseitigung der Behindertendiskriminierung setzt aber klare Definitionen voraus, was Behinderung und was Diskriminierung ist. Da es nicht nur so offensichtliche Dinge wie fehlende Rampen, sondern auch die sogenannten Grenzfälle gibt, müssen ins Detail ausformulierte Kategorien entwickelt werden, um zu entscheiden, wo im Einzelfall Benachteiligungen auftreten. Die in dem Gesetz aufgestellten Definitionen mögen für den Zeitpunkt der Verabschiedung ihre Berechtigung haben, was ich bezweifle. Die oben angedeutete Dynamik im Behindertenbegriff läßt es aber fraglich erscheinen, daß einmal gefaßte rechtliche Bestimmungen auch künftig sämtliche Benachteiligungen berücksichtigen werden. Der Einwand der Veränderung von Gesetzen ist aufgrund allgemeiner Erfahrungen mit Rechtsreformen zweifelhaft, da Änderungen normalerweise sehr viel später eingeführt werden und der realen Lage überhaupt nur wenig entsprechen. Nebenbei werden dabei die Erfassungsraster erweitert und verfeinert.

Zur Gesetzgebung merkte Walter Benjamin kritisch an: "Rechtsetzung ist Machtsetzung und insofern ein Akt von unmittelbarer Manifestation der Gewalt." (S. 125) Unumstritten ist für viele Befürworter des Rechts, daß mit der Rechtsordnung Gewalt verbunden ist. Ihre Argumentation geht dahin, Gewalt insoweit zu legitimieren, so weit sie gerechten Zwecken dient. Gerecht ist, was Nichtbehinderte dafür halten, ungeachtet der diskriminierenden Tatsachen eines gesetzlichen Eingriffs in unsere Lebensverhältnisse. Vertreter der bezeichneten Gewaltlösungen finden sich aber auch bei den ADG Befürwortern, denn, so wird gesagt, die Sanktionierung bzw. Gewaltanwendung gegenüber behindertenfeindlichen Zuständen kann aufgrund der Uneinsichtigkeit Nichtbehinderter eine Möglichkeit zur Verwirklichung ausreichender Lebensverhältnisse Behinderter sein. Auch hier wird demnach Gewalt als Mittel akzeptiert, um den Zweck der Gleichstellung von Krüppeln und Nichtkrüppeln zu erreichen.

Ist über die mit dem ADG verbundene

Utopie eine rechtliche Gleichstellung erreichbar? Vordergründig könnte dem zugestimmt werden, da damit eine an den Realitäten orientierte Politik betrieben wird, die zu schnellerem Erfolg zu führen scheint. Die Attraktivität eines solchen Politikansatzes zeigt zwar den Wunsch, gesellschaftliche Gleichheit zu realisieren. Nach Walter Benjamin ist die Verwirklichung jedoch ausgeschlossen: "Denn unter dem Gesichtspunkt der Gewalt, welche das Recht allein garantieren kann, gibt es keine Gleichheit, sondern bestenfalls gleich große Gewalten." (S. 126) Walter Benjamins Kritik am Rechtssystem ist prinzipiell. Jegliche Rechtsordnung ist eine Gewaltordnung und die Einsetzung von Regelungen für die bisher Unterdrückten kehrt das Verhältnis zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen bloß um, ohne es substantiell zu berühren oder aufzuheben.



Foto: Vera Bachmann, Kassel

Mit der grundsätzlichen Negierung von Gesetzen geht eine Kritik an den bürgerlichen Rechtsinstitutionen einher. Über das Parlament, das in der gegenwärtigen Diskussion für die Verwirklichung von ADG oder Pflegegesetz zuständig sein soll, schreibt Walter Benjamin: "So wünschenswert und erfreulich (...) ein hochstehendes Parlament sein mag, so wird man bei der Erörterung prinzipiell gewaltloser Mittel politischer Übereinkunft nicht vom Parlamentarismus handeln können. Denn was er in vitalen Angelegenheiten erreicht, können nur jene im Ursprung und Ausgang mit Gewalt behafteten Rechtsordnungen sein." (S. 117f) Die Kritik am Parlamentarismus ist nicht so ungewöhnlich, wie es auf den ersten Blick scheint; die Gewaltstruktur des Staates findet sich auch in den Selbstdarstellungen seiner Institutionen wieder. So werden die Grundlagen der Demokratie, d.h. der Legislative, Exekutive und Judikative, als Dreiteilung der Gewalten bezeichnet. In dieser Definition wird lediglich die Teilung und gegenseitige Kontrolle der staatlichen Macht beschrieben, eine Aufhebung des staatlichen Gewaltmonopols, sei es auch differenziert, bleibt ausgeschlossen.

Insofern beinhaltet die Parlamentarismuskritik auch eine Ablehnung anderer staatlicher Institutionen wie Verwaltungen und Gerichte. Wie beim Recht selbst können wir dem in der Hinsicht zustimmen, wenn staatliche Einrichtungen geltendes Recht zu unserem Nachteil auslegen. Dagegen wird mit dem Verweis auf die Gewaltenteilung argumentiert, daß bei ablehnender Entscheidung einer Sozialverwaltung im Extremfall die Anrufung eines Gerichts möglich ist. Dort können im Einzelfall "Fehlentscheidungen" korrigiert werden. Jede Entscheidung ob zu unseren Gunsten oder Ungunsten bildet aber einen Akt der Gewalt, ob durch die Behörde, die uns einen Ablehnungsbescheid erteilt oder durch ein Gericht, das diesen Bescheid bestätigt oder die Behörde dazu zwingt, die uns zustehenden Leistungen zu zahlen. Dieser Gewaltbegriff schließt auch den Fall ein, daß ein gestellter Antrag völlig unproblematisch bewilligt wird. Ist es nicht eine unserer zentralen Erfahrungen, daß wir uns vor diversen Antragstellungen die entsprechenden Paragraphen anschauen, um eine angemessene Begründung für die Leistungsbewilligung zu erarbeiten. Wo bleibt bei dieser Herangehensweise die Formulierung unserer Bedürfnisse. Bereits die Reduktion auf die in den Gesetzen enthaltenen Bedarfssätze bildet einen Akt der Gewalt, den es abzulehnen gilt. Auch ein von uns formuliertes Gesetz kann diese Problematik nicht auflösen. Wenn auch die Kriterien der Leistungsbewilligung wesentlich weiter gefaßt werden, wenn auch das Leistungsvolumen in unserem Sinne wesentlich höher ist, Definitionen gibt es allemal und es gibt ebenso Menschen, die aus diesen Rastern herausfallen und von den Leistungen ausgeschlossen werden.

Abgesehen von der Langwierigkeit, parlamentarische Mehrheiten aufzubauen, abgesehen von der Verwässerung ursprünglich radikaler Forderungen durch ungezählte Kompromisse, zementieren von uns geforderte Gesetze zur Gleichstellung Behinderter das existente Machtverhältnis durch die rechtliche Kriterienbildung Behinderung und Diskriminierung. Maßstab der Utopie bleibt letztlich nur die Nichtbehindertennorm, da wesentlich die besonderen Bedingungen für Behinderte gefordert werden, damit der Nachteil zur Erfüllung der bestehenden gesellschaftlichen Normen erfüllt werden kann.

Utopie, was heißt das?

Die Forderung nach Gesetzen wird bedingt durch das Fehlen von Ansätzen sozialer Sicherung, die über die bürgerlichen Gewaltverhältnisse hinausweisen. Zusätzlich verbirgt sich dahinter die Schwierigkeit, sich menschliches Zusammenleben außerhalb existierender Rechtsverhältnisse vorzustellen. Der Grund hierfür liegt m.E. darin, daß durch die Strukturierung des Sozialsystems mit seiner individualisierten Form des Beantragungs- und Bewilligungsverfahrens ein Denken in Rechtskategorien immer wieder neu hergestellt wird.

Hier anzusetzen, halte ich für die vordringlichste Aufgabe, um Vorstellungen einer Utopie zu entwickeln. Das heißt zunächst, die Verinnerlichung tradierter Handlungsstrategien bürgerlicher Politik zu erkennen und Schritt für Schritt zu überwinden. Inhaltlich bedeutet das, jegliche Tendenzen der Definition von Behinderung, Abweichung oder Diskriminierung, ob in der Politik oder in der Justiz, ob in der Medizin oder in der Pädagogik - auch wenn sie zu "unserem Besten" eingeführt werden sollten - wahrzunehmen und darüber hinausgehende Ansätze zu entwickeln.
Um diese abstrakten Grundsätze etwas konkreter zu machen, noch ein Beispiel: So reicht die Kritik an Sonderschulen als Faktum der Behindertenausgrenzung nicht aus. Darin einbezogen ist die Feststellung, daß nach meiner Kenntnis in Essen überproportional viel ausländische Kinder in Lernbehindertenschulen abgedrängt werden. Schließlich bedeutet das, die Arbeit der Regelschule mit ihrem Leistungsterror, Konkurrenzdenken und überfüllten Klassen zu hinterfragen.

Die Entwicklung einer Utopie beinhaltet für mich insofern die Überwindung der bloß ständischen Interessenvertretung, die meint, mit dem Bau von Rampen und Fahrstühlen in Schulgebäuden, mit der Festlegung unterschiedlicher Lernziele und der Beschäftigung von Stützlehrern allein der schulischen Aussonderung begegnen zu können. Die Voraussetzung dafür ist, nicht nur die existierende Behindertenfeindlichkeit im Sonderschulrecht zu sehen, sondern auch den darin enthaltenen Rassismus. Sie geht von einem Krüppelverständnis aus, daß über unsere subjektive Betroffenheit hinausreicht und die institutionelle Definition künftiger Krüppelgenerationen einschließt. Sie greift auch die Kritik und Wünsche von Kindern, Eltern und LehrerInnen aus dem Regelschulsystem auf und entwickelt in der sicher nicht immer einfachen Auseinandersetzung mit den anderen beteiligten Gruppen Vorstellungen, die jenseits des bloßen Nachteilsausgleich liegen.

Volker van der Locht, Essen

Lachen, aber nicht über mich

Auf einer Schreibmaschinenseite zu notieren, was mir bei dem Stichwort 'Utopien und Krüppel-Sein' einfällt, heißt zunächst, ein unerbittlich weißes Blatt vor sich zu haben. Dann bedeutet es jedoch auch, daß eine Seite viel zu kurz ist. Alles müßte erläutert, kommentiert, abgewogen werden. Aber vielleicht wäre das schon das Ende mancher Utopie. Also: Was fällt mir zum Thema eigentlich noch ein - heute, nach gut dreizehn Jahren mehr oder weniger unermüdlicher und viel mehr als weniger erfolgloser Versuche, Behindertenpolitik in das öffentliche Gespräch zu bringen oder gar etwas zu bewirken? Meinen Realismus und die Realität einmal verdrängt, würde ich mir für die Zukunft vorstellen, daß

- die Leute mehr lachen, aber nicht über mich
- 'Spastis abklatschen' wieder nur Alptraum bleibt
- es ein paar mehr behinderte Erwachsene gibt, die nicht so entsetzlich dankbar sind
- berechtigterweise von einer Behindertenbewegung gesprochen werden kann
- behinderte Männer und Frauen nicht beständig glauben, ihnen würde es besonders schlecht gehen
- die größten KritikerInnen der Konkurrenz unter Krüppel/frauen nicht permanent dem Konkurrenzdruck unter Krüppel/frauen erliegen
- die 'randschau' Zeilenhonorar zahlen kann
- die Behindertenfachleute sich meinetwegen immer noch ihren 'Bauch pinseln', aber uns in Ruhe lassen
- es möglichst vielen gelingt, dem Selektionswahn der Medizin zu entkommen
- mehr Müßiggang dem latenten Arbeitszwang den Rang abläuft
- die Menschen nicht gleich werden, aber gleiche Rechte besitzen
- ich andere Länder besuchen kann, ohne mich dort entschuldigen zu müssen.

Und daß der FC St. Pauli die Fußballmeisterschaft gewinnt. Aber d a r a u s wird wohl nichts werden.

Udo Sierck, Hamburg

Eine starke Subkultur Behinderter

Das vor allen Dingen war immer schon mein Ziel: eine starke Subkultur Behinderter, die mit Selbstbewußtsein und kräftigem Selbstwertgefühl dem Rest der Gesellschaft keine Ruhe läßt. Keine Ruhe in seinem Verdrängungswettbewerb und seinem Wettbewerb der Verdrängungen. Eine Gesellschaft, in der Behinderte gleichberechtigt leben können, ist dagegen für mich keine Utopie sondern Illusion. Es gab auf unserem Planeten nie eine solche und gibt keine, weil wir für jedes reale und bisher denkbare System unbequem sind. Wichtiger als Integration ist mir darum nach wie vor Emanzipation, Befreiung.

Eine emanzipierte, starke Subkultur. Das ist eine schöne Vision, die mich immer noch treibt und meinem Handeln Richtung gibt. In meinen nun 20 Jahren Bewegungsarbeit war dieser Traum übrigens schon in Erfüllung gegangen, so um 1981 herum. Heute verdient die Idee wieder den Namen Utopie, etwas schwärmerisches, unerfüllbares ohne reale Grundlage. Die Bedrängungen werden größer. Es gibt wieder Urteile, die unsere Erniedrigung zu Recht erklären; Philosophen, die ernsthaft unsere Tötung propagieren können, und es gibt die ersten öffentlichen Übergriffe auf unser Leben. Neofaschisten beweisen ihre Stärke und ihren 'Mut', indem sie Behinderte besudeln und bespucken. Krüppeljagen kann schon bald zur "täglichen guten Tat von rechts" werden. Krüppelweitwerfen verläßt den Rahmen ausgefallener Nachtbars und wird zum Phänomen der Straße.

Behinderte selbst glauben in der Regel immer noch, das ginge sie persönlich nichts an. Sie leben die Illusion, sie seien ja normal und integriert. Viel zu wenige zweifeln daran. Die sich entwickelnde schulische Integration verstärkt diese Illusion. Es ist ja so leicht, in einem Kreis solidarischer und pädagogisch angeleiteter Nichtbehinderter zu glauben, man selber sei eigentlich ja gar nicht gemeint und eigentlich ja gar nicht so behindert, wenn überhaupt. Die Bedrohten drängeln sich ans Ende der Warteschlange und schieben in ihrem 'Verdrängungswettbewerb' die anderen vor. "Bitte nach

Ihnen". Solange, bis sie die Gefahr am Anfang der Schlange nicht mehr im Auge haben.

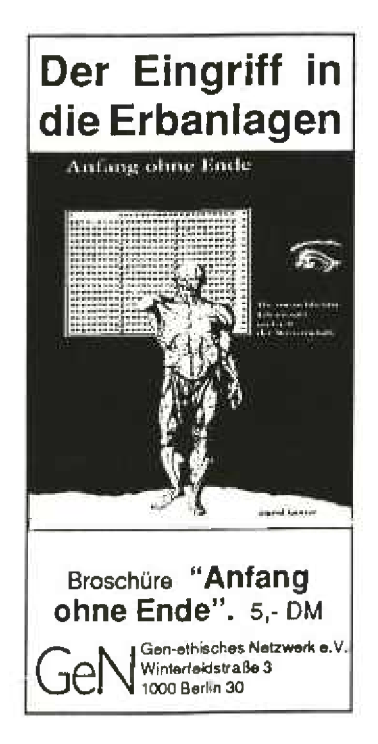
Politischen Widerstand von unserer Seite gibt es kaum noch. Das Forum der Krüppel- und Behinderteninitiativen, früher Organisationsort des direkten Widerstandes, dümpelt vor sich hin. Gebeutelt von BewegungsführerInnen, die ob der begrenzten Zahl öffentlicher Auftritte sich gegenseitig beneiden und bekämpfen.

Die Zentren für selbstbestimmtes Leben haben noch nicht Fuß gefaßt. Sie schlagen sich mit einem Staat herum, der nicht begreifen will, daß selbst von seinen demokratischen Strukturen noch Gewalt ausgeht bzw. ausgehen würde. Ein Staat, der Beratung gegen sich selbst deshalb nicht finanzieren will. Ein Staat, der Diskriminierung Behinderter nicht erkennen will und Anti-Diskriminierung innerhalb seiner Verfassung nicht denken kann.

Aus anderen Verbänden Behinderter gibt es nichts als Resolutionen, die ihr Paper nicht wert sind.

Aber immerhin, wir haben es mal vorgemacht, daß Widerstand Wirkung zeigt. Unsere Aktionen Anfang der achtziger Jahre haben Übergriffe zwar nicht dauerhaft unmöglich gemacht, aber damals Zeichen gesetzt, Stärke gezeigt und Vorurteile verunsichert. Vielleicht wird das eines Tages zum Vorbild für all die Behinderten, die heute noch meinen, das sei nicht ihre Sache. Mit Spucke im Gesicht läßt sich schwer glauben, man selbst sei nicht gemeint. Meine Vision sieht eine neue Behindertenbewegung, die damit beginnt, ihre sich selbst zerstörenden Vorbilder aus frühen Jahren auf's Altenteil zu setzen. Schön wär's.

Lothar Sandfort, Lohmar



Diskriminierung, eine Art von Rassismus

Als ich das Thema dieser Ausgabe hörte, kam mir sofort der Gedanke, Utopien habe ich, das ist ein Thema, wozu ich endlich trotz meiner Schwierigkeiten, mich schriftlich auszudrücken, mal etwas schreibe, da mir die randschau gut gefällt und ich diese mit einem Artikel unterstützen möchte.

Utopien entstehen, meiner Meinung nach, aus Ideal- und Zielvorstellungen. Diese wiederum entstehen durch die eigene Person, sind also sehr individuell. Das macht das Thema für mich übrigens sehr spannend. Der Versuch, die Utopien umzusetzen, macht für mich, neben dem Wunsch, möglichst viel Spaß zu haben und viele Erfahrungen zu machen, mein Leben aus. Eine gelungene Umsetzung liefert mir Energie, stärkt mich, gibt mir Sicherheit und Selbstbewußtheit und schafft Verbindung zu anderen Menschen. Eine nicht oder nur teilweise gelungene Umsetzung macht mich schlapp, entzieht mir Energie und gibt mir ein Gefühl der Machtlosigkeit.

Das Wort UTOPIE übersetze ich für mich mit IDEALVORSTELLUNG, TRAUM, nicht mit HOFFNUNG, da für mich bei dem Wort Hoffnung zu sehr "auf das Gute (im Menschen) hoffen" mitschwingt. Hoffen wirkt auf mich zu passiv. Woher es ursprünglich kommt, kann der/die es interessiert, ja selbst in jedem Lexikon nachschlagen.

Beim Schreiben merke ich, daß ich nur eine allumfassende, viele Bereiche meiner Persönlichkeit betreffende Utopie habe:
Kein Rassismus (Diskriminierung ist für mich eine Form von Rassismus). Eine Realisierung hätte für mich viel weniger Mißtrauen und ein nicht immerwährendes auf-der-Hut-sein zur Folge, denn mir begegnet sehr oft offene bzw. versteckte Behinderten- und Frauenfeindlichkeit. Die versteckte Behinderten-/Frauenfeindlichkeit empfinde ich als besonders schlimm, sie trifft mich häufig unvorbereitet und auch durchaus von Menschen, zu denen ich Nähe verspürte/ erhoffte; diese entzieht mir dadurch noch wesentlich stärker Energie.

Damit ich nicht ständig das entfernt-sein von meiner Utopie spüre, habe ich mir einige Selbstschutzmechanismen und Strategien zugelegt. Das ist leider bis jetzt das Einzige, was ich so pauschal zu meinen Umsetzungsmöglichkeiten sagen kann.

Zum Glück kann ich davon ausgehen, daß einige - oder sind es viele Menschen? - sich zusammen mit mir für Teile meiner Utopie einsetzen, sonst hätte die Verwirklichung noch eine viel geringere Chance als sie sowieso schon hat.

Obwohl durch die Geschehnisse der letzten Zeit (hier meine ich jetzt keine persönlichen, sondern großräumiger alle politischen) meine Utopie immer unrealistischer wirkt, freut es mich um so mehr, wenn sich, siehe (höre) Anfang der letzten randschau-Ausgabe, die Vorleserin dieser Zeitschrift dafür entschuldigt, daß sie einen Rundbrief in Schreibschrift an Blinde geschickt hat.

Der Name ist der Redaktion bekannt.

Utopia

ich mache eine fahrt durch die erinnerung
eine safari durch "was einmal war"
durch wüsten aus hass und demütigung
zum sumpf der vergangenen jahr'
dort ist mein lachen mein lebensmut
in einem sturm aus gemeinheit verdorben
das mitleid ist zu zynismus erstarrt
meine träume hab' ich alle verlor'n

wo war denn ich schon daheim
wo kann ich heute noch hin
so wie die rinde am baum
bleibt mir nur daß ich bleib wo ich bin

dort ist die verwüstete geisterstadt
utopia - was ist passiert?
der neid und die gier, in der übermacht
haben die hoffnung massakriert
gedanken schwirr'n wie schmetterlinge
in riesigen schwärmen herum
finstere wolken aus resignation
bringen die fantasie um

wo ...

ein friedhof ist dort und grab neben grab
in jedem liegt eine illusion
zwischen den grabsteinen ein
lautsprecherturm
daraus kommt kein einziger ton
während lichtjahr' entfernt eine galaxis
entsteht
hab ich mir ganz schnell überlegt
der einsamste platz auf der welt der ist
dort
wo sich wirklich nichts mehr bewegt

wo ...

text u. musik: sigi maron/fritz nußböck
(es gibt kein leben nach dem tod)

Sigi Maron, Baden, Österreich

KRÜPPEL UNTERM OZONLOCH - RATLOS

Zum Verhältnis von Emanzipation, Sozialstaat und Technik in der ökologischen Krise

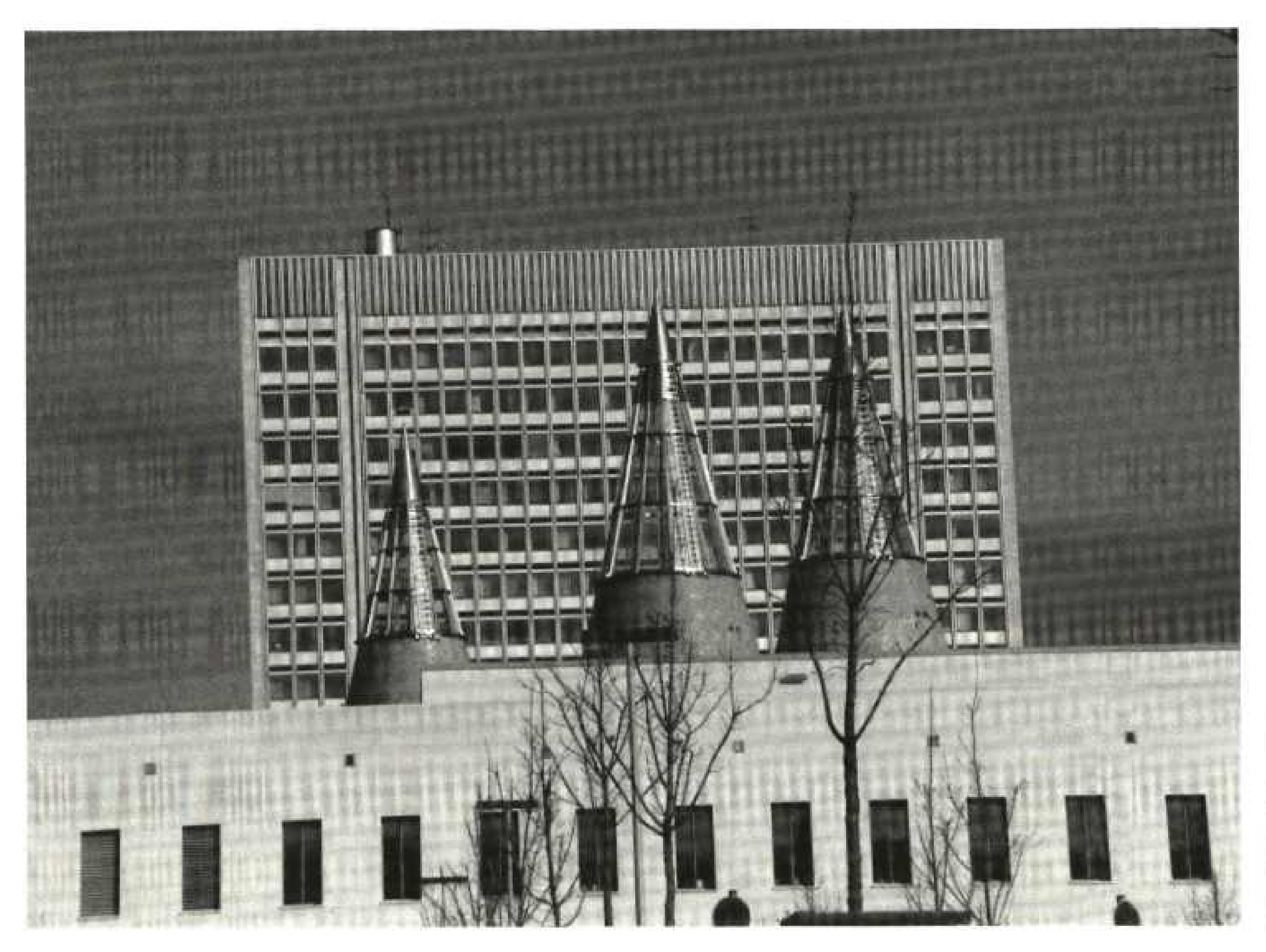


Foto: Ursula Aurien, Berlin

Was geht uns das Ozonloch an? Darauf könnte eigentlich eine einzige Antwort genügen: Wenn im fernen Australien ein Professor sitzt und die Produkte seines Sonnenstichs als makabre "Philosophie" unters Volk bringt, dann ist allein das Grund genug für eine Beschäftigung.
Aber hat Mr. Singer (denn von dem ist hier die Rede) überhaupt einen Sonnenstich? Natürlich hat er keinen - er artikuliert bloß eine Haltung, die bereits jetzt in erschreckendem Maße gesellschaftsfähig ist. Das wiederum hat Gründe und damit nähern wir uns dem Problem. Bleiben wir also ernsthaft.
Zunächst einige Vorbemerkungen zur Frage, was dieses Thema ausgerechnet in einer fortschrittlichen (was immer das sein mag) Behindertenzeitschrift zu suchen hat.
Wer in manchen linken Kreisen nach den Grenzen des Wachstums und deren Konsequenzen für den Sozialstaat fragt, begibt sich auf ideologisch vermintes Gelände. Tatsächlich ist eine solche Diskussion schwierig in einer Zeit, in der der Verweis auf ökologische Grenzen und das Elend der "3. Welt" dazu dient, jede Interessenvertretung als egoistisch und - ausgerechnet - "unsolidarisch" zu denunzieren. Auch das biologistische Denken in weiten Teilen der Ökologiebewegung, ihre z.T. offene Behindertenfeindlichkeit und ihre Borniertheit gegenüber realer Ungerechtigkeit machen einen Dialog nicht einfacher. Trotzdem: Wenn eine Erkenntnis politisch mißbraucht wird, sagt das noch nichts über ihren Wahrheitsgehalt. Ignoranz mit Ignoranz zu beantworten, können wir uns gerade in dieser Frage nicht leisten.
An Ignoranz grenzt allerdings die Haltung mancher sozialstaatlich orientierten Linken gegenüber den Grenzen des Wachstums. Der Ökologiebezug auch von weiten Teilen der Behindertenbewegung beschränkt sich meiner Erfahrung

nach (ich würde mich gerne irren) - soweit überhaupt erkennbar - auf eine allgemeine Kapitalismuskritik, die auch sogleich die eigene Opferrolle wieder ins rechte Licht rückt: "Ein System, das Menschen nach ihrer Verwertbarkeit sortiert, unterwirft auch die Natur seinen Verwertungsinteressen". Das ist ebenso richtig wie bekannt; eine Antwort auf die Frage nach unserem **eigenen** Umgang mit der ökologischen Krise ist es jedenfalls nicht.
Die Zumutung, daß diese Krise von **allen** BewohnerInnen der reichen Industriestaaten einschneidende und unbequeme Änderungen der Lebensgewohnheiten verlangt, zieht regelmäßig rhetorische Fragen nach sich: "Sollen ausgerechnet wir selbst dazu beitragen, unsere Lebenschancen einzuschränken? Sind wir etwa schuld an der Umweltkrise? Haben wir angesichts der Bedrohung unseres Lebensrechts wirklich keine anderen Probleme?!".
Nein wir sind nicht schuld und wir haben genug andere Probleme. Wir haber aber **auch** das Problem, daß etwa die menschenverachtende Euthanasiedebatte auf verschiedenen Ebenen sehr eng mit der globalen Krise, mit Armut, Ausbeutung und Wanderungsbewegungen zusammenhängt. Es ist ein frommer Wunsch zu glauben, der Trend zur Selektion von Menschen ließe sich stoppen, wenn sich die Lebensbedingungen weltweit weiter verschlechtern. Die Frage "Wer darf mit ins Rettungsboot?" wird bereits gestellt; wie die Antwort ausfallen wird, lassen die Terrorkommandos von Stendal und anderswo erahnen. Soviel für die Abteilung "Apokalypse".
Wie - und ob überhaupt - wir uns zur ökologischen Bedrohung verhalten: das heißt auch, ob wir unseren eigenen Anspruch auf gesellschaftliche Mitgestaltung ernstnehmen. Wir haben die Frage, ob der Krüppel ein allgemeinpolitisches Mandat hat, mit ja beantwortet, ohne irgendjemanden um Erlaubnis zu fragen. Jetzt, wo es darauf ankommt, haben wir die Wahl: Wir können uns in die Schmollecke derjenigen zurückziehen, die schon immer gewußt haben, daß sie nicht gefragt werden; oder wir können den Versuch machen, selbst zu benennen, wo und unter welchen Voraussetzungen sich auch bei uns etwas ändern kann (und wo nicht - d.h. Angriffe auf das, was wir wirklich brauchen, umso entschiedener abwehren zu können!) Wenn nicht wir, dann werden es - wieder einmal - Andere für uns tun und was das bedeutet, wissen wir.

Für uns eröffnet sich aber auch eine Chance: aufzuzeigen, wie eine Gesellschaft beschaffen sein muß, in der sich nicht nur eine privilegierte Elite verantwortungsbewußt verhalten kann (und damit auch einer ebenso populären wie unerfreulichen Form des Moralisierens etwas entgegenzusetzen, die Menschen nach ihrem ökologischen Alltagshandeln moralisch bewertet, ohne nach Bedingungen zu fragen).
Es geht aber auch noch um etwas Anderes: Sind wir eigentlich selber mit unserer Lage im real existierenden Sozialstaat so glücklich, daß jede Forderung nach Veränderung reflexhaft zurückgewiesen werden muß? Wohl kaum. Dabei muß die von uns zu formulierende Kritik am Bestehenden nicht unbedingt deckungsgleich sein mit ökologisch motivierter Sozialstaatskritik. Es gilt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszufinden; dazu müssen wir selber aber erst einmal wissen, was wir wollen. Daher ist im Folgenden auch weniger von Ökologie die Rede als von unseren Bedürfnissen und ihrer (Nicht-)Erfüllung; aber immer im Hinblick darauf, wie beides zu vereinbaren wäre.

Emanzipation = Autarkie?

Zu fragen wäre also nach den Bedingungen, um als gesellschaftliche Randgruppe anders (und das heißt auch: bescheidener) leben zu können, ohne Einbuße an Lebensqualität. Die Frage beinhaltet eine andere, nämlich die nach unserer Vorstellung vom "guten Leben". Und das hat für die meisten von uns (wenn ich von "uns" rede, dann meine ich den "fortschrittlichen" Teil der Behindertenszene) einen Namen: Emanzipation. Welchen Begriff von Emanzipation haben wir also? Haben wir überhaupt einen?
Das Lieblingswort der 68er-Revolte hat seitdem einen erheblichen Bedeutungswandel erfahren. Als Chiffre für die Befreiung von gesellschaftlichen Zwängen bezeichnete es einmal den Traum von der herrschaftsfreien Gesellschaft, die allen ein Maximum an persönlicher Entfaltung ermöglicht. Nach dem Scheitern der großen Entwürfe folgte der Rückzug ins Private; der Begriff wurde dabei mitgenommen und mit einer neuen Bedeutung versehen: Er wurde beinahe zum Synomym für größtmögliche Unabhängigkeit des Individuums, für die Befreiung von der Gesellschaft. Als emanzipiert gilt heute der Yuppie in seinem Penthouse oder, sagen wir, der (idealisierte) Independent-Living-Krüppel mit Assistenten, materieller Absicherung und vollautomatisiertem Haushalt.
Damit sind auch die beiden zentralen Elemente genannt, auf die sich unsere Hoffnung stützt(e?), persönliche Autonomie auch für uns erreichen zu können: **Sozialstaat** (als individueller Anspruch auf Hilfe) und **Technik** (als ihre konkrete Ermöglichung). Die Möglichkeiten, die dieses Paar für eine tendenziell autonome Lebensgestaltung bietet, sind unbestritten. Es geht mir zum einen um seine sozialen und ökologischen Kosten, zum anderen darum, daß der, nennen wir ihn "High-Tech-Sozialstaat" eine Kehrseite hat, die wir als Reha-Maschinerie kennengelernt haben.
Daneben geht es mir um die nur scheinbar dumme Frage, was eigentlich die Anziehungskraft des High-Tech-Sozialstaates auf uns ausmacht. Ein wesentliches Moment scheint mir dabei die Vorstellung zu sein, mit Hilfe von materieller Absicherung und moderner Technik so sein zu können wie alle Anderen, daß so Unterschiede letztlich zum Verschwinden gebracht werden könnten oder wenigstens bedeutungslos würden; genau das möchte ich aber in Frage stellen.
Gleichzeitig sehe ich in dieser Hoffnung auch einen Ausdruck von Angst: davor, sich auseinanderzusetzen, die eigene Andersartigkeit offensiv vertreten und in sozialen Beziehungen Rücksichtnahme einfordern zu müssen. Sozialstaat und Technik können letztlich auch Instrumente der Konfliktvermeidung und des Rückzugs aus einer Gesellschaft sein, an deren Veränderbarkeit wir offenbar selbst nicht mehr glauben.
Durchgesetzt hat sich also das Ideal einer umfassenden individuellen Autonomie (besser: Autarkie). Dieses Ideal ist aber untrennbar mit dem Funktionieren eines Gesellschaftssystems verbunden, das auf Ausbeutung von Menschen und Ressourcen im Trikont beruht und das nun selbst in die Krise geraten ist; und zwar nicht zuletzt deshalb, weil das Lebensmodell, das es anbietet, im globalen Maßstab nicht verallgemeinerbar ist. Unsere Autonomie ist also nicht mehr als die (wenn auch lächerlich geringe) Teilhabe am Mehrwert eines ruinösen Wirtschaftssystems.
Zu leisten wäre also nicht weniger als eine Kritik des High-Tech-Sozialstaates, die um ökologische Begrenzungen weiß und dem Begriff der Emanzipation seinen ursprünglichen Gehalt zurückgibt. Dazu hier einige Überlegungen.

"Lebenschancen" als soziale Kategorie

Der Sozialstaat moderner Prägung legitimiert sich scheinbar fraglos aus seinem Anspruch, die Lebenschancen benachteiligter Gruppen zu verbessern. Der Begriff der "Lebenschancen" ist aber selbst eine Ideologisierung, wenn er nicht als soziale Kategorie diskutiert wird, d.h. wenn nicht nach den gesellschaftlichen Bedingungen ungleicher Chancen gefragt wird und nicht gefragt wird: Chancen **wozu**?
Sozialpolitik in der Industriegesellschaft (auch die "klassische" emanzipatorische Behindertenarbeit) ist dagegen im Ansatz traditionell kompensatorisch und individualistisch. Durch gesellschaftliche Entwicklungen, etwa die Einführungen neuer Technologien, werden Zwänge geschaffen, denen bestimmte Gruppen nicht nachkommen können. Staatliche Sozialpolitik diagnostiziert dann ein Defi-

zit des Individuums, das (im Bereich der Rehabilitation v.a. mittels Technik) so gut es geht, ausgeglichen wird. Dabei reproduziert der Sozialstaat ebendiese Zwänge auf besonders nachhaltige Weise. Durch den direkten Zugriff des Staates werden gesellschaftliche Normen zur materiellen Gewalt. (Dies gilt besonders für den stärksten und historisch ältesten dieser Zwänge, nämlich den zur Lohnarbweit, wie ein Blick ins Sozialgesetzbuch belegt). Hier muß eine emanzipatorische Sozialstaatskritik ansetzen: An Klassifizierung und Stigmatisierung, an der Tendenz zur Zurichtung nach gesellschaftlich definierten Leistungsnormen, die für abweichende Lebensformen keinen Raum lassen; schließlich an der Unterordnung unter die kapitalistische Rationalität, deren Kehrseite Aussonderung und - zunehmend - Vernichtung heißt.

Die Mensch-Maschine oder Was ist der Mensch?

Bei der Heranführung des als defizitär bestimmten Menschen an normative Standards bedient sich der Sozialstaat der Technik, verstanden als Ersetzung menschlicher Arbeitskraft bzw. von Teilfunktionen durch Energieeinsatz. Hier ist nicht der Platz für eine systematische Technikkritik (wichtige Elemente sind v.a. in der Auseinandersetzung mit Gen- und Reproduktionstechnologie bereits entwickelt worden); es sollen nur einige Strukturmerkmale benannt werden, die - bei einem bestimmten, gesellschaftlich vorherrschenden Technikgebrauch - den emanzipatorischen Gehalt von (Rehabilitations)-Technik in sein Gegenteil umschlagen lassen.

● Moderne Technik basiert auf einer Logik, die auch auf komplexe Fragen nur zwei Antworten kennt: ja oder nein. Mit zunehmender technischer Durchdringung der Alltagswelt (und umso mehr, wenn Technik zum "Teil unserer selbst" wird), werden wir selbst auf die Dimension von ja und nein, richtig und falsch, gut und schlecht reduziert; Facetten wie Ambivalenz oder Unsicherheit kommen nicht vor.

● Reha-Technik folgt einer mechanistischen Vorstellung vom menschlichen Körper als Maschine, die es bei Beschädigung zu reparieren gilt; dabei wird der Körper gedanklich von der Psyche abgespalten.

● Reha-Technik soll "Defizite" ausgleichen; dabei legt sie eine gesellschaftliche Norm zugrunde, welche Eigenschaften und Fähigkeiten "den Menschen" ausmachen. Gleichzeitig verstärkt sie diese Norm, indem sie Abweichungen als korrigierbar erscheinen läßt; dadurch erspart sie der Gesellschaft die Auseinandersetzung mit der Abweichung und erschwert eine Modifizierung der Norm.

● Das Hilfsmittel, das die ausgefallene Körperfunktion ersetzen soll, wird als integraler Bestandteil der Person gedacht, Mensch und Maschine werden zur symbiotischen Einheit. Je stärker "defizitbehaftet" der "eigentliche" Mensch ist, desto größer ist das Gewicht der Maschine in dieser Beziehung. Der Mensch gerät mit seinen Bedürfnissen ins Hintertreffen gegenüber den Erfordernissen des Apparates.

● Technik soll den Behinderten von seiner Hilfsbedürftigkeit im Alltag befreien - um einen hohen Preis: an die Stelle der Abhängigkeit von seiner Umgebung tritt das Ausgeliefertsein an Industrie und Ingenieure und zwar in ganzen Bereichen des Weltverhältnisses. Je komplizierter die Technik, desto geringer die Verfügungsgewalt über das eigene Leben.

Die Entdeckung der Langsamkeit

Natürlich ist das alles nicht "die Technik", die ohnehin nur als gedankliches Konstrukt existiert. Es kommt mir darauf an, Entwicklungstendenzen aufzuzeigen, die dem sozialstaatlichen Verständnis von "Reparatur" des (abweichenden) Menschen immanent sind.
Ich nenne deshalb auch bewußt keine Beispiele für "verzichtbare" Hilfsmittel; natürlich weiß ich, daß (fast) jedes Hilfsmittel im Einzelfall sinnvoll und wichtig sein kann. Es geht eben nicht um neue Negativkataloge, sondern um die Infragestellung der einseitigen Fixierung auf individuell-technische Lösungen für Probleme, die immer auch Probleme einer Gesellschaft sind.
Dies ist also kein Plädoyer für einen individuellen Verzicht auf Technik (genausowenig natürlich auf Sozialleistungen), sondern für einen veränderten gesellschaftlichen Umgang mit Bedürfnissen und gegen ihre Herauslösung aus dem sozialen Kontext. Diese Debatte muß geführt werden; dabei können wir (deren Bedürfnisse ja angeblich immer im Vordergrund stehen) wichtige Beiträge leisten.
Das bedeutet einerseits, bei jeder neuen (Reha-)Technik zu fragen, ob wir sie tatsächlich brauchen und v.a.: wofür wir sie brauchen (um besser leben zu können oder um Normen zu erfüllen?). Umgekehrt müssen wir jede gesellschaftliche Entwicklung (nicht nur technischer Art) daraufhin prüfen, was sie für uns bedeutet, welche neuen Anpassungszwänge sie möglicherweise hervorbringt, um sie ggf. als behindertenfeindlich zu kennzeichnen. (Damit ist natürlich noch nichts über die Erfolgsaussichten gesagt; aber wer Politik als Wahrscheinlichkeitsrechnung betreibt, darf sich angesichts der Weltlage gleich die Kugel geben).
Kritisch zu befragen wäre aber eben auch unsere eigene Orientierung auf die Fiktion totaler Autonomie, die uns alles begierig aufnehmen läßt, was einen Zugewinn an persönlicher Unabhängigkeit verspricht. Ist dieser Mythos nicht lediglich die subjektive Entsprechung einer Herrschaftsstrategie, die auf Vereinzelung und Entgesellschaftung abzielt? (Vgl. den Beitrag von Volker van der Locht in der randschau 1/92, den ich selber unlängst noch kritisiert habe; mensch lernt eben nie aus).
Auch für uns hält der notwendige Wandel einige Zumutungen und ungewohnte Fragen bereit, die an Tabus rühren:

● Können wir uns der Faszination von Angeboten entziehen, die uns die Illusion von "Normalität" vermitteln? Und: Wie "normal" wollen wir eigentlich sein?

● Haben wir wirklich begriffen, daß der Wunsch nach "Integration" auch bei noch so gekonnter Anpassung Illusion bleibt, weil sich die Zuschreibung von "Andersartigkeit" auf einer anderen, irrationalen Ebene abspielt?

● Begreifen wir uns nicht auch selbst als Defizitwesen? Andersherum: können wir akzeptieren, daß unsere "Schwäche" auch Elemente von - nicht zuletzt ökologisch - wertvollen Tugenden (etwa der Langsamkeit) enthält?

● Sind wir in der Lage, zu einem anderen Verhältnis zum eigenen Körper zu kommen, indem wir nicht die erfahrene eigene Objektrolle (gegenüber Ärzten, "Experten" etc.) umdrehen und unsererseits den Körper zum Objekt von (diesmal "selbstbestimmter" Anpassung und Optimierung machen?

● Können wir einen souveränen Umgang mit der Tatsache unserer Hilfebedürftigkeit entwickeln, der auch die Fähigkeit zum Konflikt miteinschließt? (Technik macht es uns da oft einfach: mit ihr müssen wir keine Beziehung klären und sie erwartet vor allem keinen Dank!)

Für eine Politik der Differenz

Bei allem muß eines klar sein: ein Ausweg aus der Falle des Technik-Fetischismus kann nur ein **politischer** sein. Notwendig ist die Umkehr einer Entwicklungslogik, die den Begriff der Solidarität aus der Gesellschaft abgespalten und an einen Kontroll- und Herrschafts-

apparat delegiert hat; einen Apparat, der seinerseits nur durch eine destruktive wirtschaftliche Dynamik aufrechterhalten werden kann und entsprechend konjunkturabhängig ist.
Es muß darauf ankommen, Solidarität wieder in die Gesellschaft zurückzuverlagern (ihr damit auch ihren ursprünglichen Gehalt zurückzugeben) und dort auch zu ermöglichen; im Sinne einer neu verstandenen **Subsidiarität**. Dieser Begriff ist belastet: Er ist uns geläufig als Metapher für Abhängigkeit von innergesellschaftlichen Machtverhältnissen, für soziale Kontrolle und das Ausgeliefertsein an persönliche Willkür. Wenn das Wort eine andere Bedeutung erlangen soll, bedarf es (mindestens) zweier Grundbedingungen:
Erstens: Einer Neubewertung und -aufteilung von Reproduktionsarbeit als zentraler gesellschaftlicher Aufgabe; es muß Schluß sein mit ihrer Abdrängung in die Ecke von Aufopferung und Caritas (und mit ihrer selbstverständlichen Bewertung als Frauensache!).
Zweitens: Einer ungleich stärkeren Absicherung der individuellen Persönlichkeitsrechte; d.h., anstelle der Herauslösung aus sozialen Beziehungen durch immer mehr Technik eine stärkere Position innerhalb dieser Beziehungen. (Dabei sei dahingestellt, ob das vielgepriesene Projekt eines Antidiskriminierungsgesetzes tatsächlich ein Schritt in diese Richtung ist.)
Was wir brauchen, ist - um einen Begriff aus der Frauenbewegung aufzunehmen - eine **Politik der Differenz**. Eine solche Politik muß - will sie mehr sein als postmoderne Beliebigkeit - eines leisten: Unterschiedliche Lebensmodelle nicht nur moralisch akzeptieren, sondern auch lebbar machen, das Recht auf Normabweichung rechtlich und materiell absichern. Auch und gerade die Nicht-Teilnahme an der Wachstumsgesellschaft muß ohne latente Existenzbedrohung möglich sein.
Das allein ist nicht die große Wende zu einer humanen und ökologisch verträglichen Gesellschaft; es ist nur ihre Ermöglichung. Denn eine emanzipatorische Politik muß auch Abschied nehmen von einem der großen Dogmen der Moderne: der Vorstellung von der zentralstaatlichen Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse, von der Machbarkeit auch noch des individuellen Glücks. (Ein Dogma, dem große Teile der Linken viel zu lange nachgehangen sind und das oft eine unheilvolle Verbindung mit autoritären Ideologien eingegangen ist.)
Das zusammen bedeutet - wir haben es geahnt - nicht weniger als den Bruch mit der Kapitallogik und damit ist schon alles über Hindernisse und Widerstände gesagt. Aber billiger ist die Entkoppelung von gutem Leben und Selbstzerstörung nicht zu haben. Und die sollte uns immerhin eine Utopie wert sein.

Thomas Schmidt, München

Lieber naiv als resigniert

SchriftstellerInnentreffen, Deutschland - Schweiz, Thema: "Vom Verlust der Utopie". Schriftstellerinnen und Schriftsteller - unter diesen Exoten bin ich im Rollstuhl nochmals ein Exotikum. Sie, die (man würde es ja nicht einfach so vermuten bei Schreibenden) gewaltig gerne und lange reden, haben Mühe, mit mir, dieser - hm, hm, Autorin? - Behindertenautorin ein paar Alltagsworte zu wechseln. Und ich möchte am liebsten mal rausschreien, daß es für mich schon ein Stück gelebter Utopie wäre, wenn sie sich mit mir normal unterhalten würden.

Aber dann konzentrieren wir uns tapfer auf's Thema. Mehr oder weniger sind wir doch alle Nachachtundsechziger. Müssen wir wirklich den Verlust unserer Utopie beklagen? Und dann geht das hochgeschwollene Lamento los - daß halt unsere Ideale verdorrt, unsere Utopien verloren gegangen sind. No future. Resignation scheint in, natürlich in viele gescheite Worte gekleidet. Utopie: Land anderswo. Wirklich!

Mein Text, den ich wie alle für den Anlaß geschrieben habe, hört sich dann eben etwas naiv an. Ich erzähle von einer Freizeit mit schwerstbehinderten Kindern, die wunderbar gelungen war. Schöne, rollstuhlgerechte Umgebung, freundliche selbstverständliche Hilfen, andere Feriengäste, die sich bei uns integrierten. Freakland im besten Sinn - wenigstens für 14 Tage (Freaks, das sind Wesen, die stolz sind auf ihre Andersartigkeit, für die normal ein Schimpfwort ist und Normalität eine abscheuliche Vorstellung).

Für mich bedeutet Utopie eben nicht: Land anderswo, sondern: besseres Land, hier. Persönlich lebe ich teilweise in meiner Utopie, z.B. indem ich schon lange in einer Wohngemeinschaft bin, mit Menschen, die mir selbstverständlich und ohne Bezahlung helfen, mit einem Kind, Katzen, Garten, der Stadt in der Nähe, einer selbst ausgewählten persönlichen Assistentin. Möglichst selbstbestimmt.

Darum kann ich dem intellektuellen Gejammer meiner Kollegen nicht ganz beistimmen, wenn ich auch ihrer kritischen und darum negativen Einschätzung unserer realen politisch-sozialen Umwelt beipflichte. Vieles, eigentlich fast alles, liegt im Moment im Argen. Trotzdem beharre ich auf meiner Naivität und finde sie schlußendlich weniger gefährlich als eine resignierte Realitätssicht. Vielleicht ungefähr so, in schwache, dürftige Worte gefaßt: die Utopie von einer besseren Gesellschaft, in der alle Menschen (behindert, alt, dumm, schön, komisch usw. usw.) ihren Platz finden, ist kein Hirngespinst. Ein freakisches, solidarisches, tolerantes Miteinandersein ist möglich, man muß es nur leben.

Ursula Eggli, Bern, Schweiz

Utopie durch Parlament

Auf höchstens einer (Schreibmaschinen-) Seite soll ich meine Vision von (bzw. für das) Leben von Menschen mit Behinderungen schildern? Ihr verlangt nicht viel weniger, als einen Stabhochsprung im Rollstuhl, bei dem das Gerät mit über die Latte muß. Erlaubt mir also bitte, meine generelle Vision nur zu benennen: Ich möchte einfach eine Welt, in der jede/r überall gut leben kann.

Und nun bitte ich Euch um den Raum und die Leserinnen und Leser um die Geduld, ein bißchen erläutern zu können, wie ich mir vorstelle, dahin zu gelangen. Ich füge an dieser Stelle ein paar Verse ein, in denen ich im Herbst 1989 versuchte, meine Vorstellungen von menschlichen Zusammenleben zu verdichten. Sie erscheinen übrigens in diesen Wochen in einer limitierten und nummerierten Auflage im Rahmen eines Wendebuches mit dem Titel "Sieger lernen nicht".

Freiheit

Wohnen soll sie
Am gedeckten Tisch, da
Nach dem Tagwerk
Aufs neue
Wir streiten.
(23.10.89)

Die Vision allein bewirkt allerdings wenig, wenn sich nicht auch Wege finden, sich ihr zu nähern. Im Zusammenhang mit der ABiD-Gründung und -Entwicklung engagiere ich mich dafür, behinderungsübergreifende Probleme ebenso in den Mittelpunkt zu rücken wie dafür, tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen zu erreichen. Innerhalb und außerhalb des ABiD, der freigewählten Volkskammer und des Bundestages trat und trete ich für ein steuerfinanziertes

Pflege-Assistenz-Gesetz und für ein Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz mit Verfassungsrang ein. Hier sehe ich mich als Teil einer durchaus beachtlichen Bewegung, die in der Lage sein kann, der Vision von einer freien Gemeinschaft selbstbestimmter und tatsächlich gleichberechtigter Menschen näher zu kommen.

Auf einem anderen Gebiet sehe ich gegenwärtig eine Spezialaufgabe für mich: ich möchte ein Treffen aller Abgeordneten nationaler Parlamente, die mit dem Handicap einer (oder mehrerer) deutlich sichtbaren Behinderung leben. Fünf Fragen sollten - neben dem persönlichen Kennenlernen - im Mittelpunkt eines ersten derzeitigen Erfahrungsaustauschs stehen:

1. Warum wurden Sie in das Parlament gewählt? Sind Sie trotz oder wegen Ihrer Behinderung politisch aktiv?
2. Welche Rolle spielt die Behindertenpolitik in Ihrer parlamentarischen Arbeit? Welchen anderen Gebieten widmen Sie sich? Wo liegen Ihre persönlichen Prioritäten?

3. Welche Auswirkungen hat Ihre Wahl auf das öffentliche Ansehen von Menschen mit Behinderungen in ihrem Land? Nimmt die emanzipatorische Behindertenbewegung durch ihre Mandatsausübung eher einen Aufschwung oder wird Ihr Mandat im öffentlichen Bewußtsein eher einer Vorzeige- bzw. Alibifunktion gerecht?
4. Wie sind Ihre konkreten Arbeitsbedingungen als Parlamentarier? Waren oder sind spezielle Umbauten erforderlich? Welcher Art sind evtl. Nachteilsausgleiche, die Sie Ihren Kolleginnen und Kollegen gegenüber gleichstellen?
5. Können (und wollen) wir uns auf eine gemeinsame Erklärung einigen, die allen Menschen mit Behinderungen auf der Welt Mut macht, sich selbst direkt politisch zu engagieren und so zu versuchen, mit der Selbstvertretung ernst zu machen und die gleichzeitig die Parteien, Bewegungen und die Presse an ihre Pflicht mahnt, uns tatsächlich selbst zu Wort (und Tat) kommen zu lassen?

Im Sommer 1992 lehnte Dr. Wolfgang Schäuble eine gemeinsame Initiative in diese Richtung leider (noch) ab. Doch, warum sollte er seine Meinung nicht ändern? Wer eine Vision Wirklichkeit werden lassen will, muß auch Hoffnung darauf haben, entsprechende Argumente und Partner zu finden.

Übrigens weiß ich bisher von Parlamentariern im Rollstuhl bzw. ohne Gehör in neun Ländern. Und schon deutet sich eine nächste Vision an: nämlich, daß wir Männer nicht mehr lange unter uns bleiben ...

Ilja Seifert, Berlin

Utopien für die Behindertenpolitik

Das Schwerpunktheft zu unseren Utopien für die Behindertenpolitik kommt meines Erachtens gerade zum rechten Zeitpunkt heraus. In einer Zeit, in der wir von rechtsradikalen Ausschreitungen gegen alle, die Anders sind als das, was unter einem guten Deutschen verstanden wird, aufgeschreckt, verunsichert und leider allzuoft auch handlungsunfähig gemacht werden, tut es umso mehr Not, uns auf unsere eigenen Utopien, für die wir eintreten, zu besinnen, anstatt uns ständig den möglichen Horrorvisionen, die auf uns zukommen können, hinzugeben.

Beim Nachdenken über meine Utopien habe ich festgestellt, daß wir uns z.T. schon mitten drin in dem befinden, was ich mir vor ca. 2 Jahren ausgemalt und für was ich mich in dieser Zeit engagiert habe. Die Forderung nach einem selbstbestimmtem Leben und nach einem Gleichstellungsgesetz für Behinderte hat sich mittlerweile schon fast zum Konsens in weiten Bereichen der Behindertenpolitik entwickelt, auch wenn die konkrete Finanzierung unserer Projekte und die Verabschiedung von Gleichstellungsgesetzen noch auf sich warten läßt. Meines Erachtens müssen wir diesen Weg unbedingt mit Volldampf weiterverfolgen und auch in den letzten Bereich der Behindertenarbeit und -politik mit unserem "neuen Denken" eindringen und alle, die was zu sagen haben, mit unserem Selbstvertretungsrecht und unseren Forderungen konfrontieren. So erhoffe ich mir, daß wir in ca. 10 Jahren eine Reihe von gut finanzierten und gut funktionierenden Zentren für selbstbestimmtes Leben, die von Behinderten für Behinderte betrieben werden und erheblich zur Ermächtigung behinderter Menschen beitragen, in der BRD vorfinden werden. Zu diesem Zeitpunkt sollen wir gemäß meiner Utopien auch über ein Gleichstellungsgesetz für Behinderte verfügen, so daß wir stark gefordert sein werden, dieses einzufordern, zu verbessern und umzusetzen. Wir werden viele behinderte Menschen benötigen, die bereit sind, politische Verantwortung zu übernehmen und für die einzelnen Parlamente zu kandidieren bzw. Schlüsselposten in der Verwaltung zu besetzen. Um dies erreichen zu können, wird sich immer mehr das Bewußtsein durchsetzen, daß wir uns gegenseitig unterstützen, unsere Eitelkeiten überwinden und ein schlagkräftiges Neztwerk von behinderten AktivistInnen aufbauen müssen, anstatt uns auf Nebenkriegsschauplätzen nebensächliche Scheinschlachten zu liefern.

Natürlich werden wir auch mit einigen Verschärfungen im sozialen Bereich konfrontiert werden. Wie schlimm dies ausfallen wird, wird sicherlich auch entscheidend davon abhängen, inwieweit wir selbst bereit sind, für unsere Rechte einzutreten, aber auch inwieweit wir für eine Verteilung der Mittel für die Projekte, die wir für förderungswürdig halten, eintreten. Das große Geld für die Aussonderungseinrichtungen dürfte wohl die längste Zeit geflossen sein und muß und wird zukünftig in unsere Projekte fließen, die ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinde sichern. Inwieweit behindertenfeindliche Tendenzen auf allen Ebenen der Gesellschaft zunehmen werden, dürfte sicherlich ebenso von unserer eigenen Fähigkeit abhängen, unsere Lebensform, unser Anders-Sein selbstbewußt und positiv darzustellen und dafür zu kämpfen. Alles in Allem glaube ich an die Zukunft und vor allem an uns selbst, denn inwieweit wir selbst uns endlich zusammenraufen, unsere Fähigkeiten, unser Wissen, unsere Kontakte und unsere Freundschaften nutzen, um unsere Zukunft besser zu gestalten, wird die Zukunft der Behindertenpolitik entscheidend prägen. Wir haben die richtigen Ideen und vor allem das Zeug dazu, dies nicht länger als eine Träumerei zu belassen und unsere Zukunft besser zu gestalten.

Ottmar Miles-Paul, Kassel

Meine Utopien ...

● Überallhin fahren können mit dem Bus, der Straßen- und Schnellbahn, der U-Bahn und der Eisenbahn, dem Flugzeug und dem Schiff und dabei auch ein WC benützen können
● Mich frei bewegen können: auf den Straßen, in öffentlichen Einrichtungen und in privaten Geschäften
● Alle Kindergärten, Schulen, Universitäten und Berufsausbildungsstäten für alle behinderten Menschen geöffnet sehen
● Keine Diskriminierungen in der Arbeitswelt mehr erleben zu müssen
● Die Schließung von Heimen und ähnlichen Instutionen und ihr Ersatz durch menschengerechte Strukturen
● Kein Infragestellen des Lebensrechts von behinderten Menschen
● Das Ende jeglicher Bürgerrechts- Grundrechts- und Menschenrechtsverletzungen, begangen an behinderten Menschen
● Als behinderter Mensch endlich ernst genommen zu werden
● Menschen zu begegnen, die sich mir gegenüber unverkrampft, "normal" verhalten

Manfred Srb, Wien

IMPRESSUM

Herausgeber:
Ce Be eF - Club Behinderter und Ihrer Freunde in Köln und Umgebung e.V., Pohlmannstraße 13, 5000 Köln 30

Ressorts & Redaktionsadressen:

Anzeigenverwaltung:
Redaktion Berlin, Ursula Aurien, Barbarossastraße 24, 1000 Berlin 30, ☎ 030 / 2 18 43 76

Abo & Vertrieb:
Redaktion Kassel, Jörg Fretter, Mombachstraße 17, 3500 Kassel, ☎ 0561 / 89 92 88

Redaktion Essen, Ulrike Lux, Huttropstraße 41, 4300 Essen 1, ☎ 0201 / 27 49 16

Ständige MitarbeiterInnen :
Ursula Aurien (Berlin), Ulrike Lux (Essen), Michael Knuffmann (Krefeld), Thomas Schmidt (München), Jörg Fretter (Kassel)
V.I.S.d.P..

Die Cassettenausgabe der 'randschau' wird betreut durch Valeska Wnuck, Kassel

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Wir freuen uns natürlich immer über auch unverlangt eingesandte und Beiträge. Um uns die Bearbeitung auf dem PC zu erleichtern, nehmen wir am liebsten Texte, die unformatiert auf WORD (alle Versionen) geschrieben sind. Als Speichermedien bitte nur 3,5" und 5,25" Disketten verwenden.

Abo:
Preis für 5 Ausgaben 25,- DM
(1 Doppelnummer) (Ausland 35 DM)
Preis für 5 Ausgaben auf Cassette 30,- DM
Einzelpreis 5,- DM
Doppelnummer 7,- DM

Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/92

Bankverbindung bis 31.12.1992
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Konto-Nr.: 153 30 - 508 Stichwort: 'Ce Be eF - Köln / die randschau'

Titelfoto:
Stattzeitung Kassel, Vera

Satz:
LaserPrint, Elfbuchenstr. 5, Kassel

Druck:
COPY-Team, Holl.Str. 36-38, Kassel



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als gegen seine Zeit zu stehen und laut zu sagen : NEIN ! (K. Tucholsky)

Die staatlich anerkannten Utopien gehen schon lange Hand in Hand mit Vorstellungen, die auch aus Siencefiktionromanen bekannt sind. Technische und medizinische Träume kommen nur immer mehr in den Bereich des Machbaren oder sind inzwischen von der Realität überholt. Dies gilt auch für die faschistischen, rassistischen und sexistischen Phantasien der herrschenden menschenverachtenden Utopie.

Utopien sind nicht ideologisch wertfrei, sondern ein Mittel zur Akzeptanzschaffung und Verbreitung sozialer Modelle. Der Umgang mit Utopien, ob und welche man zuläßt oder bekämpft, ist Ausdruck politischen Handelns. Egal ob man dabei an die "persönliche" oder "gesellschaftliche" Ebene denkt.

Unter dem Druck der sich täglich verschärfenden gesellschaftlichen Situation werden immer mehr menschenwürdige Utopien vom "Markt" genommen. Entweder um den erreichten Status nicht zu gefährden oder aus Angst um das eigene Leben geben immer mehr Menschen ihre Utopien auf, passen sich an oder fordern und denken nur noch das angeblich Machbare. Die Geschichte hat deutlich gezeigt, daß dieses Verhalten nicht schützt, sondern uns lediglich lautlos der Vernichtung preisgibt. Wer nachsehen muß, welche eigenen Utopien noch vorhanden sind, ist auf dem besten Weg zu resignieren.

Die Utopie der Frau W. aus H.

Die Krüppel begreifen, es geht ums Ganze: die Durchsetzung der geburtsrechtlichen Menschenwürde und des Lebensrechts. Beides ist unteilbar, für Niemand und von Keinem. Menschen, die dies infragestellen, wird kein Raum für ihre tödlichen Ideologien geboten, egal wie sie verpackt sind.

Nach dem Blick über den Tellerrand des drohenden Krüppelzids handeln wir mit der Einsicht, daß es keine dauerhaften (Teil)Erfolge für die einzelnen "aufgeklatschten" Gruppen gibt, solange keine grundsätzlichen Veränderungen stattgefunden haben.
Deshalb wird die gewollte tägliche Eskalation als Einheit verstanden. Darum richtet sich unser Widerstand gegen das gesellschaftliche System mit seinen staatlichen Strukturen.
Aktionen, die unsere Empörung und Entschlossenheit zeigen, die Barbarei nicht wieder zuzulassen, sind selbstverständlich. Die Formen der Aktionen entsprechen der Schärfe der Situation und der Brisanz des Anlasses und schließen unerwartete Methoden ein.

Wir streben nicht nach mild lächelnder Anerkennung und dem Almosen Integration, sondern kämpfen unnachgiebig für unser Ziel. Den Erfolg werden wir ohne unterwürfige Dankbarkeit genießen.

INTERVIEW:
Ist doch egal, ob man behindert ist oder nicht - oder?



Foto: Ursula Aurien, Berlin

Welche Vorstellungen über ihr Leben haben behinderte Jugendliche heute? Ursula Aurien befragte Schülerinnen und Schüler einer Schule für Körperbehinderte in Berlin-Neukölln.

Am Gespräch nahmen teil:
Thomas, 15 Jahre alt. Sein Hobby ist Musik hören.
Christina, 16 Jahre alt. Sie mag Musik hören, lesen und Fahrrad fahren.
Despina ist bald 16 Jahre alt und kommt aus Griechenland. Ihre Hobbys sind zeichnen, Musik hören und schwimmen.
Eyüp ist 13 Jahre alt, er kommt aus der Türkei. Seine Hobbys sind Fußballspielen, spazieren, Musik hören und ein bißchen Sport, besonders Basketball.
Christine ist 15 Jahre alt, sie malt und schreibt gern Briefe.
Emine ist 18 Jahre alt und kommt aus der Türkei. Sie mag Sport und Mathe, Fahrrad fahren und spazieren gehen.
Despina, Eyüp und Christine besuchen die achte Klasse. Thomas Christina und Emine sind in der zehnten; sie werden im nächsten Sommer aus der Schule kommen.

Wie stellt Ihr Euch das vor, wenn Ihr aus der Schule raus seid? Das muß nicht alles so passieren. Ich möchte einfach nur wissen, was Ihr denkt oder was Ihr machen möchtet.

Christina: Ich möchte erstmal eine Ausbildung zur Bürokauffrau machen.

Thomas: Ich hab mir vorgestellt, ich würde gerne bei einem Radiosender arbeiten, als Journalist.

Emine: Ich hatte mir auch vorgestellt, daß ich zuerst eine Ausbildung mache und dann im Büro arbeite, als Bürokauffrau.

Despina: Ich will später, wenn ich aus der Schule komme, auch eine Ausbildung machen, etwas mit der elektrischen Schreibmaschine. Später dann eine Büroarbeit.

Eyüp: Ich hab noch keine Vorstellungen. Doch, wenn ich groß bin, will ich

natürlich eine Ausbildung machen, also Maurer oder wenn ich's schaffe, Elektriker.

Christine: Ich werd später auch mal ne Ausbildung machen und Malerin werden, vielleicht.

Ihr wollt alle eine Ausbildung machen. Wollt Ihr auch eine Familie haben? Wollt Ihr alleine wohnen oder wollt Ihr lieber bei den Eltern bleiben?

Emine: Ich will gern mit meinen Eltern zusammenbleiben.

Auch später? Warum?

Weil ich das schön finde.

Daß die ganze Familie zusammen ist?

Ja.

Seid Ihr eine große Familie?

Wir sind sieben Personen.

Christina: Ich möchte lieber von zu Hause ausziehen und eine Familie haben.

Auch Kinder?

Ja, vielleicht eins.

Willst Du dann noch arbeiten gehen?

Ja.

Despina: Ich will vielleicht auch eine Familie haben, heiraten, meine ich, ja. Und dann weiß ich noch nicht.

Eyüp: Mir ist das egal. Erst bleibe ich allein, ohne Frau und wenn ich genug Geld habe, dann vielleicht. Also mir ist das egal.

Weißt Du denn, wie das ist, wenn man alleine ist?

Na ja, ich war mal allein, da war das voll gut. Da konnte ich alles machen, was ich will.

Thomas: Ich möchte vielleicht auch mal eine Familie gründen, mit Kindern.

Jetzt bin ich ganz neugierig. Ich möchte gerne wissen, wie Ihr Euch den Mann oder die Frau vorstellt, mit dem oder mit der Ihr gern zusammen leben würdet.

Christina: Erstmal müßte er viel Verständnis für mich haben. Lieb sein, mit dem man auch gut sprechen kann über ne Menge Probleme. Hauptsächlich, daß er sehr viel Verständnis für mich hat.

Despina: Wie ich mir das vorstelle, ist, daß er sehr nett sein wird und daß er auch mal sagt, na, wenn ich irgendwas nicht kann: das ist schon in Ordnung. Daß er nicht meckert oder schreit und so.

Eyüp: Wenn ich heiraten sollte, meine Frau sollte charmant sein.

Thomas: Meine Frau stelle ich mir so vor, daß sie Verständnis mit mir haben soll, daß sie nicht drogensüchtig oder alkoholabhängig ist und daß ich mit ihr über alles reden kann.

Emine: Ich habe nicht nachgedacht, ob ich heirate oder nicht, deswegen kann ich nichts sagen.

Wie ist das denn bei Euch mit Hausarbeit? Wer soll die machen?

Thomas: Bei mir muß es so sein, daß meine Frau und ich sich abwechseln, mal macht sie die Arbeit, mal mach ich die Arbeit.

Eyüp: Falls ich mal heiraten werde, dann soll das abwechselnd sein, mal sie, mal ich, mal sie, mal ich, wenn ich Zeit hab, wasche ich ab, wenn sie Zeit hat, wäscht sie ab.

Despina: Bei der Hausarbeit erwarte ich, daß der Mann mir hilft.

Christina: Was ich kann, das mache ich, aber wenn ich irgendwo Schwierigkeiten habe, was ich nicht kann, da sollte er mir dabei auch helfen.

Wenn Ihr mit jemandem zusammen wohnen würdet, wär Euch das egal, ob der/die auch behindert ist oder nicht? Habt Ihr da schon mal drüber nachgedacht?

Despina: Nein, das ist nicht egal.

Wie soll das sein?

Weiß ich nicht. Vielleicht ja, vielleicht nein.

Was wäre Dir wichtig?

Ich könnte vielleicht mit einem Mann zusammenleben, der auch nicht alles kann, der auch behindert ist. Aber ich könnte auch mit einem gesunden Mann zusammenleben, denke ich.

Christine: Mein Mann muß nicht behindert sein, ich kann auch mit einem gesunden Mann zusammen leben. Er kann behindert sein, er muß nicht.

Eyüp: Falls ich heiraten werde, mir ist das egal. Es ist doch egal, ob man behindert ist oder nicht, oder? Ist doch null Problemo. Ist doch dasselbe, was ist da anders?

Das möchte ich ja von Euch wissen.

Thomas: Bei mir ist es egal, ob die Frau behindert ist oder nicht, Hauptsache, man kann mit ihr reden und daß sie für mich Verständnis hat, daß sie zu mir auch lieb ist.

Könnt Ihr Euch vorstellen, daß Ihr immer alles alleine schafft oder meint Ihr, daß Ihr Hilfe braucht?

Thomas: Ich bräuchte bei manchen Dingen Hilfe.

Wobei?

Wenn ich mal schwer trage oder so. Und wenn ich irgendwas nicht verstehe, also ich bräuchte schon Hilfe.

Christine: Ich brauche Hilfe, wenn ich über die Straße gehen will und da ist keine Ampel, dann bräuchte ich Hilfe. Sonst könnte ich mir vorstellen, daß ich den Haushalt allein machen könnte.

Eyüp: Ich brauch keine Hilfe, oder? Nee, brauch ich nicht, oder? Vielleicht, wer weiß.

Despina: Ich brauche ein bißchen Hilfe, um den Haushalt zu machen.

Christina: Ein bißchen Hilfe bräuchte ich schon, aber im großen ganzen kann ich es alleine, es geht zwar immer ein bißchen langsam, aber es geht.

Wenn Ihr Euch mal versucht vorzustellen, wie das sein könnte, wenn Ihr so alt seid, wie Eure Eltern jetzt, was wünscht Ihr Euch dann oder wovor habt Ihr Angst?

Eyüp: Ich hab keine Angst. Falls ich Angst haben sollte, kann ich meine Angst wieder wegmachen.

Wie machst Du das?

Als ich klein war, sieben, acht Jahre, da hab ich mal einen Horrorfilm geguckt, da hab ich Angst bekommen. Da hab ich ihn nicht wieder angemacht, da hatte ich keine Angst. Jetzt hab ich keine Angst.

Emine: Z. Zt. habe ich keine Angst und ich hoffe auch, daß ich keine Angst kriege.

Despina: Jetzt hab ich keine Angst, aber später vielleicht.

Wovor?

Vor der Zukunft vielleicht. Vieles. Aber ich nehme das nicht ernst.
Was wäre das denn?

Weiß ich nicht.

Ihr guckt doch bestimmt alle ziem-

lich viel Fernsehen.

Christine; Ich gucke viele Horrorfilme, das find ich gut.

Was gefällt Dir denn an Horrorfilmen?

Daß die so schön gruselig sind.

Emine: Hattest Du Angst, als Du klein warst?

Ja, als ich klein war, da hatte ich immer Angst, z.B. bei Donnergrollen. Heute nicht. Heute finde ich das schön.

Ihr seht ja im Fernsehen bestimmt auch, was mit Ausländern passiert. Wie ist das für Euch? Was denkt Ihr da?

Emine: Das machen die Nazis, die möchten nicht, daß die Ausländer hier sind. Die denken, daß die unsere Arbeitsplätze geklaut haben, aber das stimmt nicht.

Wie geht es Dir denn damit?

Wie meinst Du das?

Du bist doch auch Ausländerin. Betrifft Dich das selber?
Ja.
Was passiert dann mit Dir?

Entweder man wird getötet oder geschnappt und in den Wald gebracht und dann getötet und am nächsten Morgen findet die Polizei die Leichen.

Eyüp: Mir ist das egal, was hier los ist, ob Krawalle oder was. Hauptsache, man hat seine Freude. Man braucht seine Freude. Ich meine, wenn man irgendwas sagt, das ist mir egal, in diesem Ohr geht's rein, hier geht's raus.

Despina: Ausländer sind auch Menschen, sie wollen auch leben.

Christina: Immer wenn ich das im Fernsehen sehe, finde ich das schlimm, was mit den Ausländern gemacht wird. Ich finde, sie sind auch nur Menschen. Klar hab ich auch wegen der Arbeitsstelle Angst; wenn ich aus der Schule komme, was dann passiert, aber so schlimm braucht es nicht zu sein.

Kannst Du Dir vorstellen, was man da machen kann?

Nein, keine Ahnung.

Emine: Man kann ja, wenn die Nazis nicht gewalttätig wären, dann könnte man sich an den Tisch setzen und erklären, daß die Ausländer auch nur Menschen sind wie sie. Aber die akzeptieren das nicht.

Thomas: Die, die gegen Ausländer sind, meckern ja, daß die Ausländer hier sind, aber wenn sie in einem anderen Land sind, sind sie ja auch Ausländer. Man könnte vielleicht erklären, daß die Ausländer, die hier sind, auch nur Menschen sind und ihr Geld verdienen wollen.

Wie ist denn das bei Euch hier an der Schule? Habt Ihr Ärger damit? Gibts da so Sprüche?

Thomas: Bei uns wohnt eine türkische Familie, die kriegen auch die Ausländerfeindlichkeit mit.

Eyüp: Ich fahre ja immer mit der BVG nach Hause. Mit einem hab ich mich mal gestritten, der hat zu mir gesagt: Eh Du Scheißtürke. Das find ich nicht gut.

Ich würd jetzt gern zum Schluß Euch alle nochmal fragen, was Ihr Euch wünscht für Euer Leben. Was fällt Euch ein dazu?

Thomas: Die Frage versteh ich nicht so richtig.

Was wäre Dir für Dein späteres Leben wichtig, wenn Du so was wie einen Wunsch frei hättest.

Thomas: Ich muß erst mal überlegen.

Christine: Ich würde mir wünschen, daß auch andere Menschen auf die behinderten Menschen Rücksicht nehmen, das würd ich mir fürs ganze Leben wünschen.

Thomas: Ich würde mir wünschen, daß es nicht mehr so viele Kriege wie in dieser Zeit gibt, z.B. der Bürgerkrieg in Jugoslawien und daß hier auch die Ausländerfeindlichkeit zurückgeht.

Eyüp: Mein Wunsch wär, daß die Menschen hier friedlich leben, das ist das erste, das zweite ist, daß ich z.B., wenn ich eine Familie hab, daß man glücklich ist.

Thomas: Ich wünsche mir noch, daß ich noch lange lebe, daß mit mir nichts passiert und wenn mal was passieren sollte, daß ich überlebe.

Emine: Ich wünsche mir, daß Frieden auf der ganzen Welt herrscht, kein Krieg und daß die anderen akzeptieren, wenn man etwas fragt.

Christina: Ich wünsche mir natürlich auch Frieden. Daß es besser wird und nicht schlimmer mit den Ausländerfeindlichkeiten und daß die normalen Menschen uns nicht den Rücken zukehren, sondern uns akzeptieren und nicht weggehen, wenn wir kommen und daß ich, wie gesagt, eine Arbeit finde.

Despina: Ich wünsch mir auch Frieden und daß die Menschen miteinander zurechtkommen.

Christine: Ich wünsche mir auch, daß auf der Welt Frieden herrscht und die Menschen gut zueinander sind.

FLENSBURGER-SKANDAL-URTEIL

Ausschreitungen und Übergriffe gegen Ausländer bewegen die Medienlandschaft und etliche Gemüter bis hin zur Vereinnahmung der Empörung durch Regierung und Politik. - Auch Übergriffe gegen behinderte Menschen sind zu verzeichnen. Sie verursachen allerdings nicht halb so viel Wirbel. -
Einem kleinen Amtsrichter in Flensburg gelang vor wenigen Wochen wie nebenbei und ohne einen nennenswerten öffentlichen Sturm der Entrüstung hervorzurufen, die erneute Festschreibung behinderter Menschen als 'Urlaubsmangel'. Der Anblick behinderter Menschen löst nach Meinung von Richter Rüdiger 'zu Recht' Ekel aus und begründet 'zu Recht' Anspruch auf Schadenersatz.
Nachdem sich 1980 Richter Tempel in Frankfurt/Main mit einem ähnlichen Urteilsspruch äußerst unbeliebt gemacht hatte, bleibt heute die große Welle der Empörung aus. Ein paar aufgeregte LeserInnenbriefe und Presseerklärungen, einige sehr überschaubare Demos - war's das schon? Die Würde der behinderten Menschen werde davon nicht berührt, meint Richter Rüdiger in seiner richterlichen Unabhängigkeit und grenzenlosen Unschuld (vielleicht haben behinderte Menschen gar keine, da kann dann auch nichts berührt werden?).
Mit einer nicht unbekannten deutschen Logik wurde hier im Namen des Volkes ein Urteil gesprochen, das nach Rüdiger nicht gegen die guten Sitten verstoßen könne, weil weite Teile der Bevölkerung diesen Spruch eben nicht als Verstoß gegen die guten Sitten empfinden würden. In diesem Punkt könnte Richter Rüdiger leider recht haben.
Im Folgenden dokumentieren wir Auszüge aus Stellungnahmen dazu. (Das Urteil im Originalton könnt ihr bei der 'randschau' unter Beilage eines frankierten Rückumschlags bestellen.) Zwar ist wegen des geringen Streitwertes keine Revision möglich, doch heißt das nicht, daß mensch das Feld nun kampflos den Reisebüros und Richtern überlassen sollte. Es gehört nicht sonderlich viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie das weitergehen kann (oder wird).

DIE GRENZEN DER GESCHMACKLOSIGKEIT LÄNGST ÜBERSCHRITTEN

... Es ist unglaublich.
Wir leben im Jahre 1992 und die Nachrichten, die uns erreichen, erinnern täglich mehr an längst vergangen geglaubte Zeiten.
Menschen werden verfolgt, gequält und ermordet und schuld daran sind sie selber. So wie damals: warum sind die Juden denn hiergeblieben?
Behinderte Urlauber verderben einer deutschen Familie den Appetit beim Essen. Sie haben durch ihr *ungewöhnliches Leiden sogar Ekel* verursacht. Das ein Grund, vor Gericht zu ziehen und auf Preisminderung zu klagen. (Natürlich wurde überhaupt nicht gegen die Behinderten geklagt, aber wie kann ein Reiseveranstalter so gefühllos sein, *normale* Urlauber mit *Krüppeln* zusammen essen zu lassen?)
Die klagende Familie bekommt Recht. Denn auch die Richter des Amtsgerichts Flensburg haben einen gesunden Geschmack und können die Empörung der Familie teilen. Vielleicht kennen sie solche ekelerregenden Situationen aus eigenem Erleben?
Ich kann das gut verstehen. Wenn ich im Rollstuhl die Straße entlangfahre, im Restaurant sitze, einen Stehplatz im Kino suche, also, wo auch immer, ich werde von Nichtbehinderten belästigt. Sie starren mich an und verderben mir damit den Appetit.
Vielleicht sollte ich auch klagen?
Kann man gegen Dummheit, Intoleranz, gegen Diskriminierung und Bevormundung klagen? Gibt es einen Schutz vor Diskriminierung in unserem Grundgesetz? Warum wird die Diskussion über eine Ergänzung des Grundgesetzes um ein Diskriminierungsverbot nicht annähernd so öffentlich geführt wie die um Änderung der Asylregelung?
Woher nimmt ein Gericht das Recht, darüber zu urteilen, ob behinderte Menschen leiden? (Vielleicht haben sie ja wirklich gelitten: wahrscheinlich unter der dauernden entwürdigenden Behandlung durch die anderen Urlauber.)
Das Flensburger Urteil folgt treu der Tradition des deutschen Justizapparates zwischen 1933 und 1945 und erinnert in seinem zynischen technokratischen Sprachgebrauch an die dunkelsten Seiten unserer Geschichte. Die Formulierung von den *Ekel verursachenden, in ungewöhnlichem Maße leidenden* Behinderten hat, folgt man dem Gedankengang bis zur Konsequenz, als Lösung dieses schrecklichen Zustandes die *Euthanasie*, also den *Gnadentod* leidenden Lebens, parat.
Was in diesem Land geschieht, hat die Grenzen der Geschmacklosigkeit längst überschritten. Von Begriffen wie Humanismus oder Zusammenleben in der Vielfalt (der Kulturen, Glaubensrichtungen, äußeren Erscheinungen ...) zu reden, hat den Anschein des Subversiven.
Und es ist von solcher Brisanz, denn wenn wir jetzt nicht laut unsere Positionen vertreten, gegen faschistische Erscheinungen protestieren, sondern uns einschüchtern lassen, haben wir wohl bald keine Chance mehr dazu.

Kay und Karin Kriegel, Berliner Behindertenverband e.V., Berlin, 5.11.1992 (Der Artikel gibt sinngemäß die Meinung der Mehrzahl der Mitglieder des Berliner Behindertenverbandes wieder.)

EINE FORM VON SOZIALER EUTHANASIE

Die Würde des Menschen ist unantastbar, so steht es im Artikel 1 unseres Grundgesetzes, erwachsen aus den furchtbaren Erfahrungen des Faschismus. Durch das Flensburger Schandurteil wird die Würde von behinderten Menschen tausendfach verletzt. Es findet zur Zeit auf vielen Ebenen unserer Gesellschaft eine Entsolidarisierung statt. Ein Neben- oder gar Gegeneinander statt des Miteinander entwickelt sich in Deutschland; eine 'Logik' des Wegsehens setzt sich durch. Es sei denn, Gaffer können sich am medienwirksam präsentierten Unglück anderer Menschen aufgeilen. Behinderte dürfen sich zwar integrieren, aber bitte nur solange, wie sie des Biedermeiers "Ästhetik"-Gefühle nicht stören.
Das Urteil, konsequent weitergedacht, heißt, den Boden für den alltäglichen Faschismus neu zu bereiten. Dies bedeutet: Andersaussehende, Andersdenkende, körperlich, geistig und psychisch Behinderte aus unserer Gesellschaft auszugrenzen. Dies ist eine Form von sozialer Euthanasie.... Es ist wohl schon zu spät, zu sagen: "Wehret den Anfängen". Wir müssen gemeinsam handeln, damit sich unsere Geschichte nicht wiederholt und das Flensburger Urteil nicht Schule macht.

Ilona Caroli, Mitglied des Magistrats der Stadt Kassel, Dezernentin für Frauen, Gesundheit und Soziales in einer Rede am 31.10.1992 anläßlich einer Demonstration gegen das Flensburger Urteil und für ein Gleichstellungsgesetz für Behinderte

Behinderten-Sportverband Berlin (BSB): Ausgrenzung mit Methode?

EIN FURCHTBARER RICHTER

"Im Namen des Volkes" haben Deutsche, wenn sie sich erholen wollen, ein Recht darauf, keine Behinderten mehr sehen zu müssen. Der Rowohlt-Verlag, seine Autoren Singer und Kuhse und deren Unterstützerinnen und Unterstützer an deutschen Universitäten arbeiten derzeit daran, daß dieses Selbstbestimmungs-Recht seiner Vollendung zugeführt wird: Denn warum sollen Deutsche auf Dauer und zu Hause gezwungen sein, zu ertragen, was bei ihnen im Urlaub Ekel und Abscheu hervorruft. Die Flüchtlinge wird man in Deutschland mittlerweile ja auch los, wenn man nur will. Und bei den Behinderten müssen nicht einmal verärgerte Stellungnahmen aus Industriekreisen befürchtet werden: Ihre Arbeitskraft wird nicht gebraucht.

Oliver Tolmein in "Euthanasie geprobt", KONKRET 11/92, S. 20

JUSTIZ DARF NICHT LÄNGER BEIHILFE ZU GESELLSCHAFTLICHER AUSGRENZUNG UND HERABWÜRDIGUNG LEISTEN

... zwölf Jahre nach dem berüchtigten "Frankfurter Behindertenurteil" (wird) eine Rechtsprechung restauriert, die eigentlich schon als abwegige Fehlentscheidung abgehakt und in das juristische Kuriositätenkabinett verbannt worden war, ...
Wer schützt eigentlich uns Behinderte, wenn wir uns von solchen menschenverachtenden Einstellungen angewidert fühlen? Bekommen die behinderten Gäste auch ihr Geld zurück, weil die Anwesenheit solcher "Nichtbehinderter" jeden Urlaubsgenuß verhindert hat?

Andreas Jürgens, Forum behinderter JuristInnen für ein Anti-Diskriminierungs- und Gleichstellungsgesetz, Presseerklärung, Kassel, 30.9.1992

BRISANTES URTEIL

Vor dem Hintergrund eines immer bedrohlicher werdenden Klimas in Deutschland, in dem es möglich geworden ist, daß als fremd oder andersartig empfundene Menschen gejagt und getötet werden und eine schweigende Mehrheit dies zuläßt, ist es besonders schwer zu begreifen, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen dieses brisante Urteil so gut wie unbeachtet lassen.

Gabriele Hanna, Berliner Bündnis f. Gleichstellung u. gegen Diskriminierung der Menschen mit Behinderung, Presseerklärung, 14.10.1992

Das Urteil im O-Ton ist gegen Zusendung eines frankierten Rückumschlages zu beziehen über: Jörg Fretter, Mombachstr. 17, 3500 Kassel



Berlin, 20. November 1992: Auf der Sitzung des Landesbeirats für Behinderte findet ein Eklat seinen - so ist anzunehmen - vorläufigen Abschluß. Offiziell gilt die Sache nun wohl als abgehakt, denn formal korrekt liegt eine formale Entschuldigung vor; der Pflicht (sich zu entschuldigen) wurde damit Genüge getan. Die öffentlichen Wogen sind ein wenig geglättet - Schadensbegrenzung nennt mensch so etwas -, es kann also wieder zur Tagesordnung übergegangen werden.

Was war geschehen? "Der Anblick der geistig behinderten Menschen sei nicht zu ertragen", das ist laut BERLINER MORGENPOST v. 18.7.1992 die aktenkundige Begründung für den Abbruch einer Ferienmaßnahme mit 14 behinderten Kindern und Jugendlichen zwischen 8 und 16 Jahren. Zwar sei nicht mehr festzustellen, wer das gesagt hat, aber es sei gesagt worden.
Hinterlistig sei es gewesen, so "schwerstbehinderte, nicht gruppenfähige Kinder, die unkontrolliert handeln, den Eßsaal verunreinigen und gewickelt werden müssen, zu schicken" beklagt sich Verbands-Geschäftsführer Grundmann: Er habe dem "Verein für Jugendförderung Berlin (VJB)" die Maßnahme angeboten, ohne die "Schadensbildung" der Kinder zu kennen. Von einer erheblichen "Störung" der Mitglieder im Freizeit- und Sportbereich, von Überlastung des Heimwartes und seiner Frau ist die Rede.

Dem hält Manuela Deubel in einer Erwiderung im Namen von BetreuerInnen und Eltern entgegen: "Die Bitte um eine Ruhe- und Wickelmöglichkeit für Anfallsleidende und Wickelkinder, die Forderung nach genießbarem und frischem Essen und die Frage nach etwas mehr Platz zum Spielen für die Kinder ist das, was hier als Überbelastung dargestellt wird?!" Doch soll hier nicht weiter auf Vorwürfe und Gegenvorwürfe eingegangen werden, denn darum geht es im Grunde überhaupt nicht. Für einige Mitglieder scheint es aber einen erheblichen Unterschied auszumachen, von welchen Kindern der Versuch ausgeht, mit ihnen evtl. Kontakt aufzunehmen.
Auf diesem Hintergrund veröffentlicht der BSB in der August-Nummer seiner Verbandszeitschrift DU UND ICH einen Artikel von Günter Bütow, Ex- Ruderwart und Ex-Vorsitzender der Versehrten-Wassersport-Gemeinschaft (die als Verein Mitglied im BSB ist). In bevorzugter Drucklage sozusagen, als erster Textbeitrag im Heft und ohne von den "Vereinskameraden" auch nur annähernd in seine Schranken zu gewiesen zu werden, kann Bütow sich auslassen.

"Nun kommen sie nicht mehr, die schwer geistig Behinderten" beginnt der Artikel. "21 Tage waren sie zu Gast! Ein Fragezeichen hinter Gast! Ja, es hat einige Zusammenstöße gegeben, wie sie mit Gästen nicht vorkommen sollten. Die Betreuer und Pfleger dieser Gruppe schienen zeitweise überfordert. Die Beaufsichtigung und Betreuung dieser armen Menschen fordert sehr viel Idealismus und auch körperliche Anstrengungen. Hut ab für die Helfer, die diese Aufgaben übernehmen. Aber gerade diese schwere Aufgabe bringt es mit sich, daß mal einen Augenblick die Aufmerksamkeit nicht auf allen Zöglingen lag und schon war es geschehen." Was da "geschehen" war, wird nicht näher erläutert. Allerdings zeigt sich Bütow entrüstet: die Gruppe sei "nicht einmal sportfähig" gewesen (zur Erinnerung: die Gruppe wollte einfach Urlaub machen). Aber er wird noch deutlicher: "Was spricht eigentlich dafür, Geistigbehinderte und Körperbehinderte gleich zu behandeln? ... Ich glaube, wir tun diesen Menschen keinen Gefallen, wenn wir mit aller Macht versuchen, sie in unsere Reihen zu integrieren" und eh mensch sich's versieht, wird die allgemeine Abwehr gegenüber behinderten Menschen für das eigene Ausgrenzungsdenken in Anspruch genommen: "Tun wir nicht so, als seien wir Körperversehrte bessere Menschen". Das sind wir nun wirklich nicht, aber wie so oft gilt nun auch hier die geäußerte Abwehr als Legitimation für das eigene Handeln: "Wir als Körperbehinderte sind sicherlich am wenigsten geeignet, diese menschlich-unmenschliche Einstellung, die aus den Tiefen der menschlichen Entwicklung stammt, zu ändern." Für den 'verdienten Sport- Kameraden' Bütow scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Bedenklicher als die Haltung eines Unverbesserlichen ist hier aber die offenbar von keinen Bedenken getrübte Bereitschaft des Verbandes, einer solchen Haltung öffentlich Ausdruck zu verleihen. Das allerdings hatte nun doch Folgen: es gab zahlreiche Proteste, wohl weniger aus den eigenen Reihen, als von außen. Die Lebenshilfe beispielsweise wollte ihre weitere Mitgliedschaft von der Antwort des BSB abhängig machen.
Schließlich sah sich der 1. Vorsitzende des BSB, Wolfgang Thorbeck in der neuen Nummer von DU UND ICH (Dez. 92) auf S. 27 (!) zu einer RICHTIGSTELLUNG veranlaßt: "Sollte der Artikel als Beleidigung aufgefaßt werden, so entschuldige ich mich in aller Form herfür."

Ein Umdenken muß jedoch nicht notwendigerweise damit verbunden sein. Es widerspräche jedenfalls der geübten Praxis.
Bereits 1986 gab es in der Versehrten-Wassersport-Gemeinschaft (VWG) heftige Kontroversen um die Aufnahme geistig behinderter Menschen. Den Behinderten, die bereits ohne Probleme in einer bestehenden Gruppe aktiv waren, wurde mit Hilfe eines Gutachtens der Landesärztin für Behindertensport die Sport- und Gruppenfähigkeit abgesprochen. Dies, obwohl der für die Gruppe zuständige Jugendwart und andere Mitglieder für die Aufnahme plädierten. Auch ein differenziertes Gutachten des Heilpädagogischen Zentrums Berlin überzeugte die hardliner nicht. Sie wollten sich ihren Verein "nicht zur Psychiatrie machen lassen" (taz, 23.4.86). Dem Jugendwart, der die Gruppe betreute, wurde von der VWG untersagt, unter Pflegschaft stehende Personen, die demnach nicht eigenverantwortlich handeln könnten, in vereinseigenen Booten mit aufs Wasser zu nehmen und wegen vereinsschädigendem Verhalten ausgeschlossen. Ebenso ausgeschlossen - und zwar samt Familie - wurde ein Mitarbeiter des "Vereins Zukunftssicherung" (Träger der Einrichtung, in der die geistig behinderten Menschen wohnten), der den Sozialsenat und den Landessportbund informiert hatte.

Daraufhin erklärten im November 1986 52 Vereinsmitglieder ihren Austritt aus der VWG. In ihrem Austrittsschreiben an den damaligen Vorsitzenden Grill heißt es u.a.: "Die lautstarken Bekundungen von anderen Mitgliedern der Versehrten-Wassersport-Gemeinschaft auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 11. Oktober 1986, daß Geistig-Behinderte in diesem Verein unerwünscht sind, haben uns zutiefst betroffen gemacht. Da wir nicht wollen, daß in einem Behindertenverein Behinderte Behinderte diskriminieren, müssen wir diese VWG verlassen und stellen uns damit vor diese Leute, die es gilt, vor dieser beschämenden Intoleranz zu schützen."

DIE UNFÄHIGKEIT ZU LERNEN könnte insofern die Bilanz von 1992 lauten und der Verdacht liegt nahe, daß ein Lernprozeß in Richtung gegenseitige Toleranz und Akzeptanz auch gar nicht beabsichtigt ist. In erschreckender Weise spiegeln Überzeugung und Verhalten des Behinderten-Sportverbandes die aktuelle politische Stimmungslage wider. Auch wenn dies sicher von Seiten des Verbandes anders gesehen wird, es zeigt die 'Normalität' der Verachtung behinderten Menschen gegenüber.
Bütow's Rückgriff auf altbekanntes biologistisches Denken erlaubt eine Verachtung, die sich hier scheinbar naturgesetzlich, "aus den Tiefen der menschlichen Entwicklung" heraus legitimiert, nach dem Motto: das ist nun einmal so. Diese Haltung, daß Behinderte sich von anderen Behinderten (auf deren Kosten) abgrenzen, ist nicht neu. Auch nicht mehr neu (leider) ist die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der ein solches Denken wieder laut und öffentlich geäußert werden kann, ohne mit dem sofortigen Entzug öffentlicher Förderung rechnen zu müssen. Die formale Entschuldigung - für den Artikel, nicht für das Verhalten gegenüber den behinderten Kindern; da ist ja nicht nur Herr Bütow der Meinung, daß es 'richtig' war, die Gruppe vom Gelände zu weisen - überzeugt nicht, denn es ist in keiner Weise erkennbar, daß der Verband gewillt wäre, in Zukunft anders mit "schwer geistig Behinderten" umzugehen. Es tröstet auch keineswegs, daß auch andere die Vokabel "schwer geistig behindert" benutzen, um Menschen auszugrenzen, zu isolieren oder zu töten (vgl. z.B. die 'Euthanasie'-Diskussion). Im Gegenteil, gerade das Wissen darum, daß Ausgrenzung und Vernichtung sich immer zuerst der "schwer geistig Behinderten" bedienen, müßte uns besonders wachsam machen und aufhorchen lassen, und gerade ein Behinderten-Verband darf sich nicht derselben Muster bedienen. Selbst wenn es schwerfällt - Akzeptanz ist auch eine Sache des Wollens und der Übung - müßte hier der Behinderten-Sportverband alle Anstrengungen unternehmen, um vorhandenen Vorurteilen zu begegnen. An solchen Anstrengungen müßte der Verband gemessen werden, un weiter öffentliche Gelder zu erhalten. Bis dahin wäre es notwendig, die Gelder mindestens ruhen zu lassen.
Solange sich in den dafür verantwortlichen Köpfen nichts bewegt, muß nicht nur von der Unfähigkeit zu lernen sondern auch von dem Unwillen zu lernen ausgegangen werden. Ein Behinderten-Verband, der sich eine solche Apartheid-Politik leistet, verdient keine öffentliche Förderung, sondern öffentliche Mißbilligung und öffentlichen Boykott.

Ursula Aurien und Berthold Pleiß, Berlin

Sein oder nicht sein?

Daß die Möglichkeiten der Intensiv-Medizin Schlagzeilen machen, ist nichts Ungewöhnliches mehr. Doch in der Erlanger Universitätsklinik wurden unlängst die (noch) allgemein gültigen Vorstellungen von leben und sterben auf die Probe gestellt, vielmehr: sie wurden überschritten.
Eine eigentlich tote Frau galt als noch nicht tot genug, um nicht noch "Mutter" werden zu sollen. Eine neue Variante von Mensch-Maschine, makaber aber wahr.
Die "werdende Mutter", zum Versuchs-Objekt der 'Götter in Weiß' herabgewürdigt, konnte dem nicht mehr widersprechen. Der vier Monate alte Fötus machte diesem Schöpfungswahn allerdings einen Strich durch die Rechnung: er machte einen Abgang.
Auch wenn dieses Experiment inzwischen also beendet ist, halten wir die Auseinandersetzung für wichtig, denn eine Wiederholung ist jederzeit möglich.
Wir dokumentieren im Folgenden Stellungnahmen des Gen-Archivs Essen, der Interessengemeinschaft Selbstbestimmtes Leben, Erlangen sowie einen taz-Kommentar von Bettina Markmeyer.

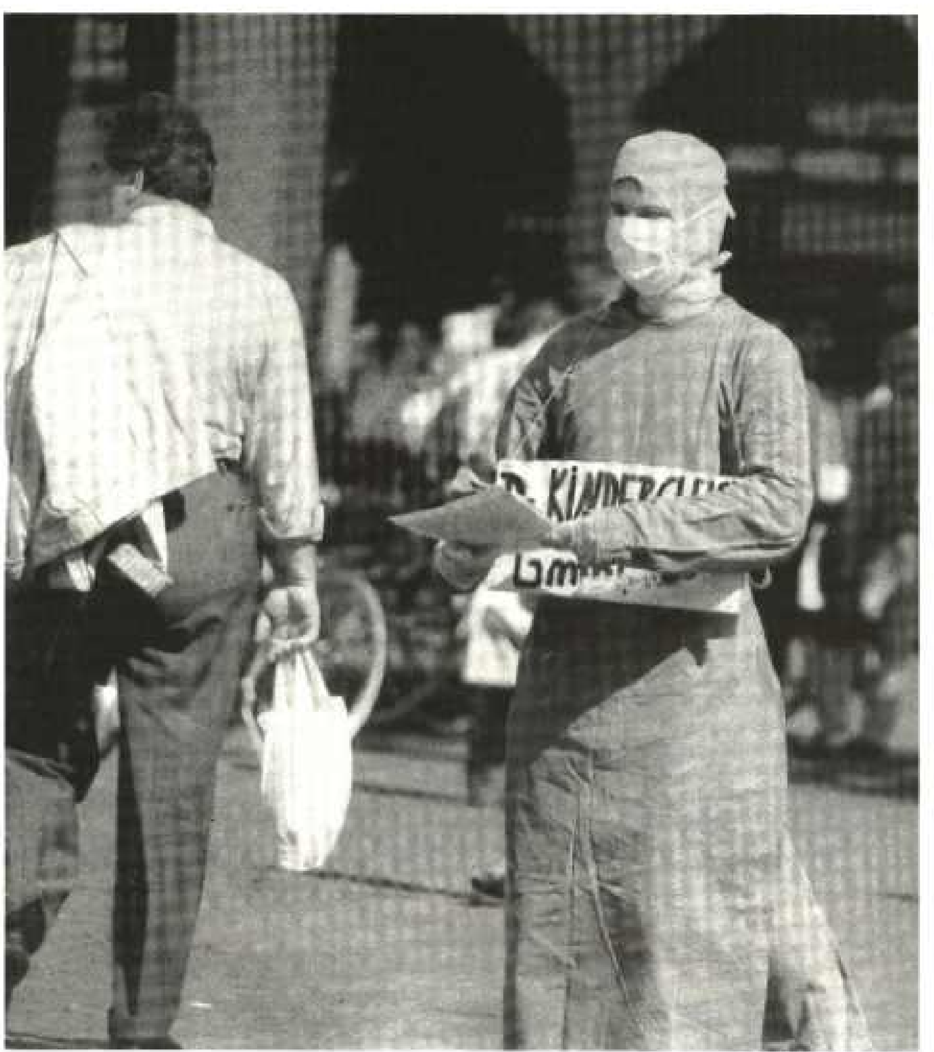


Foto: Hans-Jürgen Jonas, Köln

Der "Erlanger Fall" oder die wissenschaftliche Herstellung des "pränatalen" und "postmortalen Lebens"

In der Erlanger Universitätsklinik gibt es einen "Fall", der Schlagzeilen macht. Es ist ein "Test-Fall", nicht nur für die betroffene Frau und die beteiligte Expertenschaft, sondern für uns alle.
Im interdisziplinären Zusammenspiel von Medizinern, sog. Ethikern und den Medien - mit Bürgerbeteiligung - wird ein gesellschaftliches Experiment durchgeführt.

Die Fragen, die es zu klären gilt, sind:

- Ist die Auflösung jeglicher kultureller Grenzen für das medizinische Eingreifen in den Prozeß des Lebens und des Sterbens von Menschen möglich?
- Ist die vollständige Anbindung unserer Sichtweisen an die Definitionen und Abstraktionen moderner Wissenschaft bereits vollzogen?
- Können die so geschaffenen, sinnentleerten und entsinnlichten Räume, in denen nur noch die Gesetze des schrankenlosen, manipulativen Eingreifens herrschen, mit ebenso leeren Kategorien gefüllt werden, die uns dann als "Ethik" entgegentreten?

Der "Fall", der "in die Geschichte eingehen wird", ist folgender: In der Universitätsklinik Nürnberg-Erlangen wird eine "hirntote", im 4. Monat schwangere Frau mittels technischer Apparaturen am Sterben gehindert, um - wie es heißt - dem "Anspruch des Kindes auf Leben" gerecht zu werden.

Die Fragen, die anläßlich dieses "Ereignisses" scheinbar per medialer Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden, sind von medizinischen Experten schon seit geraumer Zeit aufgeworfen und durch ihre Praxis eindeutig beantwortet worden. Der Menschenversuch, der augenblicklich in Erlangen stattfindet, ist lediglich eine Eskalation im Prozeß der medizinischen Durchdringung und Eroberung des Todes und des Frauenkörpers.

Der maschinenlesbare Tod

Insbesondere mit der Entwicklung der Transplantationsmedizin Ende der 60er Jahre, begann die Karriere einer neuen Todesdefinition: des sog. Hirntodes Zuvor war ausschließlich der "Herz-Kreislauf-Standard", der an dem endgültigen Erlöschen aller Körperfunktionen orientiert war, bindend für die Ärzteschaft.

Die neue, zusätzliche wissenschaftliche Vereinbarung zum Tode des Menschen besagt, daß ein Mensch auch "tot" ist, wenn der "vollständige und irreversible Zusammenbruch der integrativen Groß- und Stammhirnfunktionen bei noch aufrecht-erhaltener Kreislauffunktion im übrigen Körper" nachgewiesen ist (Weißbuch. Anfang und Ende des menschlichen Lebens, Hg.: Vorstand der Bundesärztekammer, Köln 1988). Mit dieser Definition wurde eine "menschliche Existenzform" kreiert, die es vorher nicht gab - den "lebendigen Toten". Per Vereinbarung ist nicht mehr das Ende der gesamten Existenz eines Menschen von Bedeutung für den moralischen Umgang, sondern der meßbare Ausfall eines Teils seines Körpers - des Gehirns. Weil das Gehirn zum essentiellen Ort des Lebens und des Todes erklärt wurde, kann - trotz aufrechterhaltener und stattfindender lebendiger Prozesse im übrigen Körper - die körperliche Integrität mißachtet werden, können Teile des Körpers entnommen werden, kann der Prozeß des Sterbens zweckgerrichtet unterbrochen werden.

In der Transplantationsmedizin, wie auch bei den Äußerungen zum vorliegenden "Fall" wird behauptet, daß der "Hirntod" ein eindeutig bewertbarer und zweifelsfrei feststellbarer "Zustand" sei. Dieser "Zustand" - der eigentlich ein Prozeß des Sterbens ist - ist sinnlich nicht wahrnehmbar, weshalb nur bewertbar und feststellbar ist, was maschinenlesbar ist (z.B. durch EEG und Angiographie). Ob aber das, was meßbar ist, tatsächlich die wirkliche Situation darstellt und erfaßt, kann niemals geklärt sondern nur bezweifelt werden. Dieser maschinenlesbare Tod soll den Tod des gesamten Körpers nach sich ziehen. Es ist also eine Art "potentieller Tod", der statistisch gesehen in den allermeisten Fällen nach einem Zeitraum von 12 Stunden bis 14 Tagen zum tatsächlichen Lebensende führt. Die Ausnahmen kommen im statistischen Mittel nicht vor.
Die konkrete Bedeutung und Dauer eines Sterbeprozesses ist weder maschinenlesbar noch statstisch erfaßbar, weshalb dies auch von der Wissenschaft in den Bereich der Bedeutungslosigkeit verwiesen wird.

Die Diskrepanz zwischen der medizinischen Definition und der Wirklichkeit schafft noch Verwirrung: In einem "Leichnam" soll ein Kind heranwachsen, aber ein toter Körper läßt doch keine Entwicklung der Leibesfrucht mehr zu? In Sprache und Vorstellungsvermögen ist die Diskrepanz noch spürbar, die durch die allgemeine Akzeptanz der Hirntod-Definition geschlossen werden soll. Der "Hirntod" ist eine medizinische Abstraktion, die eine grauenhafte Wirklichkeit nach sich zieht: mit ihr ist ein Zeitraum geschaffen, in dem die Integrität und Würde des Menschen antastbar ist.

Der Fötus als Person

Mit den Ereignissen in Erlangen wird eine wissenschaftliche Vorstellung, die ebenfalls nicht neu ist, breit diskutiert: die Frau als "fötale Umgebung" und der "Fötus" als ein von ihr getrenntes, "eigenständiges Subjekt".

Die pränatale Medizin und die Fortpflanzungsmedizin haben die schwangere Frau längst in eine "werdende Mutter" mit Pflichten und einen "eigenständigen Fötus" mit Rechten verwandelt, welche gewöhnlich von Medizin, Kirche und Staat definiert und vertreten werden. Die Begriffsschöpfungen moderner Gynäkologen werfen ein grelles Licht auf ihre Weltsicht:
Der Perinatalmediziner Frof. Saling aus Berlin erklärt die schwangere Frau zum "intrauterinen Raum", der nach medizinischer Eroberung verlangt.
Fortpflanzungstechnologen wie Frof. Semm aus Kiel betrachten, in Hinblick auf ihre Tätigkeit in der "außerkörperlichen Lebensproduktion", die Frau als "preiswerten Inkubator".
Prof. Beller, vormals in Münster tätig, erklärte im Rahmen seines Vorhabens, großhirnlose Kinder als Organspender zu benutzen, in aller Öffentlichkeit, daß die Nabelschnur der Frau mit der intensiv-medizinischen Apparatur für Unfallverletzte vergleichbar sei.

Die Betrachtung der Frau als "Gefäß" korrespondiert mit der wissenschaftlichen Herstellung eines zweiten Objektes: dem sichtbar gemachten, beurteilbaren, therapierbaren Fötus. In der vorgeburtlichen Diagnostik ist die Rede von der Möglichkeit, "das Schwangerschaftsprodukt" vorgeburtlich einer "objektiven Prüfung" unterziehen zu können. Das vielbeschworene "Lebensrecht" dieses "Produkts" hängt vom Ergebnis der "objektiven Prüfung" ab, davon, ob es als potentiell "leistungs- und glücksfähige Person" eingestuft wird. Ist dies nicht der Fall, so kann es anderen "Nützlichkeiten" dienen: als Organspender, als Rohstoff für die humangenetische, immunologische oder Krebs-Forschung.

Es ist allerdings nicht bei der Betrachtung der Frau als "Umfeld" des Objekts der wissenschaftlichen Begierde - des Föten - seitens der Gynäkologen geblieben. Die Popularisierung medizinischer Forschungsinhalte und Begriffe, die schrankenlose Veröffentlichung des Körperinneren von Frauen - z.B. mittels Ultraschall - hat dazu beigetragen, daß viele Frauen den Fötus als getrennte Existenz wahrnehmen und betrachten. Vor allen Dingen aber wurde damit ein Beitrag geleistet, das wissenschaftliche Objekt "Fötus" auf der gesellschaftlichen Ebene in ein "eigenständiges Subjekt" mit Rechtsansprüchen zu transformieren.

Auf dem 5. internationalen Symposium "Der Fötus als Patient", organisiert von der gleichnamigen Vereinigung zahlreicher Prä-Post- und Perinatal-Mediziner aus aller Welt, wurden anläßlich des 200. Jahrestages der französischen Revolution die "Rechte des Föten" ausgerufen.
Er soll nunmehr das "Recht" haben
- auf Schutz und Zugang zu den modernsten Techniken der antenatalen Bewertung
- auf Zugang zu chirurgischen und Pharmako-Therapien und den neuesten Methoden der Datenverarbeitung
- auf eine intelligente Mutter-Kind-Beziehung.

Es ist unschwer zu erkennen, daß es hier ausschließlich um das Recht auf Qualitätskontrolle und Forschung geht.

Prof. Scheele aus Erlangen beruft sich bei der Durchführung seines Menschenexperiments darauf,
- daß die Frau das Kind gewollt habe, er nur ihre Interessen wahrnehme
- daß der "Fötus" ein "Recht auf's Geborenwerden" habe;
- daß die Forschung, umbenannt in einen "Behandlungsversuch mit unsicherem Ausgang", auch auf seiner Seite sei.

Die Debatte um den konstruierten Interessengegensatz zwischen der Frau - ihrem "Recht" auf's Sterben und dem Fötus - seinem "Recht auf Leben", harmonisiert sich so in der Person des Arztes - seinem "Recht" auf Forschung.

Die funktionale Sicht auf die Frauen wird in der Debatte um Erlangen auf besonders perfide Weise erweitert. Pränatale Psychologen (?) melden sich zu Wort und unterstreichen gemäß ihrer Profession die psychologische Bedeutung des "Mutter-Kind-Verhältnisses" in der Schwangerschaft. Dank pränataler Psychologie ist dem eperimentierenden Arzt auch dies bekannt. Mit Musik, Handauflegen und Bewegungsübungen wird simuliert, was nicht mehr vorhanden ist. Die Frau, begriffen als Funktionsträgerin mit biologischen und psychologischem Bedeutungsrahmen, wird ersetzbar. Die Frau ist verschwunden, aufgelöst in biologische und psychologische Funktionseinheiten. Ihre Leibesfrucht ist umgedeutet worden in ein von ihr unabhängiges Objekt, das von Wissenschaft, Staat und Kirche mit eigenen Rechtsansprüchen und Interessen belegt werden kann. Damit ist eine Situation geschaffen, die jeglichen medizinischen Versuch an Frauen, jegliche - staatlich und kirchlich vermittelte - Entmündigung von Frauen als Rechts- und Interessenvertretung der eigenen Kreation "Fötus" erscheinen läßt.

Mit dem "Erlanger Fall" ist nicht das Ende der Entwürdigung und Entmündigung von Frauen erreicht:
Der australische "Bioethiker" Paul Gerber



Foto: Hans-Jürgen Jonas, Köln

schlug bereits vor, gehirntote Frauen als Leihmütter und Organspender zu verwenden. Dies sei "fortschrittlich und ethisch vertretbar" und schließe eine "Marktlücke" - die unbezahlte Leihmutterschaft (SZ 27.6.1988).
Im Frühjahr dieses Jahres wurde beim europäischen Patentamt ein Patent zur gentechnologischen Veränderung der Milchdrüsen in der weiblichen Brust beantragt, um so bestimmte pharmazeutische Wirkstoffe herzustellen, die mit der Muttermilch ausgeschieden werden (FR 11.4.1992).
Geschichte und Gegenwart medizinischen Eingreifens in den Körper von Frauen, ihr so erzeugtes Verschwinden im "fötalen Umfeld" hat schon unzählige Opfer und Entwürdigungen hervorgebracht:
- in der Forschung an künstlichen und herausoperierten Gebärmüttern zur 'Aufzucht von Embryonen'
- durch die massenhaften Gebärmütterentfernungen
- bei den Prozeduren der außerkörperlichen Befruchtung
- bei den Forschungen zur vorgeburtlichen Qualitätsbestimmung
- bei den Versuchen an Frühgeborenen
- in der internationalen Hormonforschung zur Fruchtbarmachung wie zur Unfruchtbarmachung.

Der aktuelle Menschenversuch in Erlangen steht in der Kontinuität dieses medizinischen Zugriffs.
Wir fordern die sofortige Beendigung dieses medizinischen Experiments!

Erika Feyerabend (Genarchiv/FINRAGE)

Ulrike Schaz (FINRAGE), Dr. Ute Winkler (FINRAGE), Linda Wilkens (FINRAGE Niederlande), Prof. Dr. Maria Mies (FINRAGE, Soziologin, Fachhochschule Köln), Gisela Wuttke (Medizin-Soziologin, Autorin), Jutta Sapotinka (Umweltreferentin Grüne NRW), Dr. Eva Schindele (Soz.wiss., Autorin), Prof. Dr. Heidrun Kaupen-Haas (Inst. f. Medizinsoziologie Univers.Krankenhaus Eppendorf, Hamburg), Katja Leyrer (Autorin, Hamburg), Dr. Katrin Grüber (Technik-politische Sprecherin Grüne im Landtag NRW), Wilma Kobusch, Dr. Edith Bauer (Frauenärztin), Ulrike Hauffe (Dipl.Psych.), Cara, ev. Beratungsstelle zur vorgeburtl. Diagnostik, Dr. Bernd Bublitz (Arzt), Brigitte Kette, Rita Kamprad, Monika Silberberg, Gitta Vogel, Anne Wallheinke, Brigitte Schlieper (Hebammenpraxis), Dr. Stefan Kette (Kinder- u. Jugendpsychiater), Cornelia Baumgart (Ärztin), Dr. Barbara Duden (Historikerin), Beate Zimmermann (Ärztin), Bärbel Heidbreder (Ökologin), Brigitte Huhnke (Journalistin), Hans-Jürgen Jonas (Gesundheitsladen Köln)

Stellungnahme der "Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben" Deutschland e.V. - ISL, Erlangen:

Seit nunmehr zwei Wochen beschäftigt die hirntote Frau Marion P., deren Embryo in der 16. Schwangerschaftswoche in der Erlanger Universitätsklinik am Leben erhalten wird, die Presse. Namhafte Theologen, Ärzte und Fachleute melden sich zu Wort und glauben sich befugt, eine Entscheidung über Leben und Tod treffen zu können. Längst ihrer Menschenwürde beraubt, wird die Frau zum "Fall" degradiert, an dem Mediziner ihre Macht über die Gebärfähigkeit von Frauen ausüben.

Längst ist hier auch die sprachliche Grenze überschritten, um das zu beschreiben, was eigentlich passiert. Kann eine "tote Frau" Mutter werden? Was bedeutet es für ein Kind, in einer "toten Frau" aufzuwachsen? Was bedeutet noch Menschenwürde angesichts dieser Situation?

Einen Aspekt möchten wir in die Diskussion bringen, der bisher nicht explizit angesprochen wird:
Die Betonung, weshalb man dieses "Experiment" begonnen hat, liegt immer auf dem Einzelfall, den es zu betrachten gilt. Wichtig bei diesem "speziellen Einzelfall" erscheint mir dennoch die Tatsache, daß es sich um eine junge Frau und einen bisher gesunden Embryo handelt. Die Frage drängt sich mir auf, wie hätten Mediziner gehandelt, wäre es etwa eine Frau mit 40 Jahren in der gleichen Situation oder eine Frau mit einer Behinderung? Ich bin sicher, der "Versuch", den Embryo am Leben zu erhalten, wäre nicht gemacht worden.

An Grenzerfahrungen wie dieser werden die Wertigkeiten, die Menschen über Leben und Tod setzen, deutlich. Solange erwartet wird, daß der Embryo gesund sein wird, ist er/sie es "wert", mit allen Mitteln und allen Kosten am Leben erhalten zu werden. Wird das Kind aber möglicherweise behindert sein, würde man die Fortsetzung abbrechen, dann rät auch der Rechtsmediziner Prof. Wuermeling zu einer Kosten-Nutzen-Abwägung.

In folgender Aussage des Vaters der Marion P. wird dies deutlich: "Wenn sich der Zustand des Embryos verschlechtert und das Risiko wächst, daß das Kind nicht gesund auf die Welt kommen kann, dann werde ich auf das Abschalten der Maschinen drängen" (EN 15.10.92). Desweiteren will man mit Bewegungen und Pflege "Lebendigkeit" simulieren,

um das seelische Wohlbefinden des Kindes zu erhalten, denn laut des Theologen Franz Furger müsse sichergestellt werden, daß in dieser "außergewöhnlichen Situation" das Kind "nicht körperlich und seelisch zum Krüppel gemacht werde" (EN 16.10.92). Zweifel sind angebracht, wie dies gelingen soll?
Das "werdende Kind" besitzt also nur insofern den Wert für ein solches Experiment, als es auch gesund und nichtbehindert werden wird.

Interessant werden die Zusammenhänge, wenn wir andere Grenzerfahrungen der Medizin und des Lebens betrachten. Bei der pränatalen Diagnostik wird der Wert eines Embryos, falls eine Behinderung diagnostiziert wird, schnell in Frage gestellt, behinderte Kinder sollen nicht geboren werden. Ebenso werden bei der Diskussion um Sterbehilfe "Kosten-Nutzen-Analysen" als Argument gebraucht, um zu fragen, ob sich der Aufwand lohne.

Als behinderte Menschen wenden wir uns dagegen, daß erneut Maßstäbe von "lebenswert" und "lebensunwert" zur Diskussion stehen und hinter den Handlungen von Medizinern stehen, die im Sinne des medizinischen Fortschritts alles Machbare versuchen und natürliche Grenzen von Leben und Tod überschreiten bzw. nach ihren Maßstäben der medizinischen Machbarkeit beurteilen, was zu tun gilt. Jede machbare Handlung muß nicht zwangsläufig sinnvoll sein.

In ähnlich gelagerten Fällen müssen künftig Entscheidungen gefällt werden, die ethischen und moralischen Kriterien des Menschseins gerechter werden und von Menschen mit verschiedenen Professionen und unter Beteiligung von Frauen und behinderten Menschen getroffen werden.

Theresia Adelfinger
für das Sekretariat

Nach dem Tod des Ungeborenen von Erlangen

Das Experiment hat erst begonnen

Der Fötus von Erlangen ist tot. Das Experiment geht weiter. Die Menschenmacher der modernen Medizin haben sich ein weites Experimentierfeld eröffnet. Der Tod des ersten Fötus, der in der Leiche seiner Mutter zum Kind heranreifen sollte, ändert daran nichts. Erlangen hat heftigen Streit ausgelöst über die Grenzen der Wissenschaft, über Männermacht und Frauenverachtung, um Tod und Leben, um das Sterben einer Frau. Der Streit war menschlicher als das Experiment. Aber während um Grenzen gestritten wurde, waren sie schon überschritten.

Die Öffentlichkeit, die den Fall überwiegend ablehnend debattierte, kroch den Herrn über die tote Mutter doch auf den Leim, indem sie bald anfing, vom Erlanger "Baby" zu reden und von den Eltern der Toten als den "Großeltern" dieses "Babys". Das Ungeborene war ohne die ihm künstlich erhaltene Muttermaschine nicht lebensfähig, es war und blieb ihr Teil. Doch in Sprache und Bewußtsein ist in Erlangen ein Fötus Person geworden, eine sterbende oder gestorbene Frau - auch hierüber ging der Streit - wurde zum Ding, zum "fötalen Umfeld". Dieses "Umfeld" wurde nun abgeschaltet. Einschneidender aber bleibt, daß die Medizin-Männer den Knopf zum An- und Abschalten auch weiterhin in ihren Händen halten. Das nächste Leben im Bauch einer Hirntoten kommt bestimmt. So muß die Erleichterung darüber, daß das Erlanger Experiment auf die einzige noch mögliche Weise beendet wurde, der Erkenntnis weichen: Dennoch ist es auf erschreckende Weise gelungen.

Daß in Erlangen ein Menschenversuch und nichts anderes stattfand - ein Männerexperiment an einer Frau - ist nie so deutlich geworden wie jetzt. Bedauern äußerten die Mediziner nicht über den Tod des erst von ihnen zum Subjekt erhobenen Fötus. Kein Wort des Mitgefühls auch für die Eltern der Toten und als "Großeltern" instrumentalisierten Angehörigen - die Überlebenden dieses Experiments. Denn die Lebenden, ihre Kraft oder ihr Versagen, die qualvolle Situation auszuhalten, waren unverzichtbarer Teil des Experiments. Die Ärzte scheuten den Zugriff auf sie ebensowenig wie den auf die Tote. Es gehe ausschließlich um diese Lebenden und um das wedende Leben, behaupteten sie.

Doch nun am Ende dieses Experiments, äußerten diese Ärzte Bedauern allein darüber, daß sie die Leichen der Mutter und des Ungeborenen nicht sezieren durften, um die Todesursache festzustellen. Daß sie also ihren Versuch nicht geordnet abschließen konnten und ihrer Experimentierwut doch noch ein Riegel vorgeschoben wurde. Der verantwortliche Rechtsmediziner Wuermeling versuchte bis zum Unerträglichen, die Zustimmung zur Obduktion zu ergattern, die Eltern der Toten noch einmal auszubeuten. Doch die Lebenden haben sich gewehrt. Nur so werden Grenzen gezogen.

Bettina Markmeyer
taz, 19.11.1992

Die Vergangenheit der Marburger Kinder- und Jugendpsychiatrie

Im August 1992 erschien in der Marburger Tageszeitung, der OBERHESSISCHEN PRESSE, eine neunteilige Serie, die sich mit den Aktivitäten des früheren Leiters der Marburger Kinder- und Jugendpsychiatrie Hermann Stutte kritisch auseinandersetzte.

Stuttes Karriere begann in den 30er Jahren an der Psychiatrie in Tübingen, an der zur damaligen Zeit die führenden Vertreter des faschistischen Euthanasieprogramms gearbeitet haben. 1934 habilitierte er über die erbbiologische Erfassung Gießener Fürsorgezöglinge. Zur Sicherung seiner wissenschaftlichen Karriere trat er in die NSDAP und SA ein. Diese setzte er in der Bundesrepublik fort, indem er den ersten Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marburg besetzte. Auch in den folgenden Jahren seines beruflichen Wirkens befand er es nicht für nötig, sich von seiner Naziverg angenheit zu distanzieren. Im Gegenteil, Stutte spricht unbeirrt auch 1948 noch von 'sozialbiologischer Unterwertigkeit'. Ungebrochen setzt sich erbbiologisches Denken in seinem Werk fort.

Prof. Remschmidt, sein Schüler und Nachfolger als Leiter der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Marburg, fühlte sich aufgrund der OP-Serie befleißigt, eine Erwiderung zu schreiben. In einem Schreiben an ehemalige MitarbeiterInnen, SchülerInnen und Bekannte Stuttes fordert er diese auf, nicht zuzulassen, "daß das Leben und das Werk eines so verdienten Mannes in dieser schlimmen Weise desavouiert wird." Über einhundert UnterzeichnerInnen folgten diesem Aufruf. Publiziert wurde diese Stutte-Konfabulation in der Marburger Universitätszeitung.

Daß die Marburger Kinder- und Jugendpsychiatrie sich einer Auseinandersetzung über das Wirken ihrer früheren Leiter (Stutte und Villinger) verweigert, wundert nicht, wenn noch heute in Vorlesungen von Prof. Remschmidt über Kinder- und Jugendpsychiatrie beispielsweise der IQ vorgestellter PatientInnen geraten werden soll.

Anti-Eugenik-Bündnis, Marburg

Anmerkung: Auch die Bundesvereinigung Lebenshilfe mit Sitz in Marburg konnte dem entfachten Konflikt um ihren Mitbegründer Hermann Stutte nicht entkommen. Die Lebenshilfe, die 1984 ihre Bildungs- und Begegnungsstätte nach Stutte benannte, bezog diese Würdigung in einer öffentlichen Erklärung ausdrücklich auf das Wirken Stuttes nach 1958. Jedoch blieben für die LH "Unbehagen und kritische Fragen". Die LH erklärte, sie wolle eigene gezielte Recherchen anstellen, und ihr Verhältnis zu Stutte ggf. neu überdenken. Dr. Marie Luise Stutte, die Witwe H. Stuttes, kritisierte die Entscheidung des LH-Vorstandes und widerrief ihre Zustimmung zur Benennung der Begegnungsstätte der LH als Hermann-Stutte-Haus und untersagte die weitere Benutzung des Namens durch die LH.

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dr. Remschmidt,

bezugnehmend auf Ihr Bemühen um eine 'Rehabilitierung' von Hermann Stutte in der Universitätszeitung Nr. 228 vom 22.10.1992 möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Zunächst können wir dem Universitätspräsidenten Herrn Simon zustimmen, daß eine geschichtliche Aufarbeitung des Lebens und Wirkens von Herrn Stutte in die Universität zurückgeholt werden sollte. Jedoch kann in diesem Fall eher von einem Hereindenn einem Zurückholen gesprochen werden - eine historische Auseinandersetzung zur Person Stuttes hat es - zumindest in der Öffentlichkeit - bisher noch nicht gegeben. Darüberhinaus halten wir eine interne Diskussion ausschließlich in der Universität für verfehlt. Die Kinder- und Jugendpsychiatrie ist nicht nur ein Ort, an dem wissenschaftlich geforscht und gelehrt wird, sondern auch eine Institution, in die Kinder und Jugendliche, teilweise durch staatliche Verfügung, eingewiesen werden. Da diese Einrichtung den Alltag dieser Menschen weitgehend bestimmt, ist eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung über die Geschichte und die praktische Arbeit der Kinder- und Jugenspsychiatrie notwendig.

Das Hauptargument, das von Ihnen und den UnterzeichnerInnen angeführt wird, um Herrn Stutte zu 'rehabilitieren', ist sein Charisma: "hochverdienter Arzt", "stets hilfsbereiter Mensch" u.ä.. Hier kann keine wissenschaftliche Auseinandersetzung ansetzen. Charisma gegen Geschichte (NSDAP- und SA-Mitgliedschaft) auszuspielen, überzeugt weder in der Pro-, noch in der Contra-Argumentation ("die junge Verfasserin", "45-jähriger Doktorand").

Daß Hermann Stutte ein "Kind seiner Zeit" gewesen sei, ist in diesem Zusammenhang das schwächste Argument. Menschen, die im deutschen Faschismus nicht Moral zugunsten einer Karriere hinten anstellten, werden mit dieser Floskel mit blankem Zynismus bedacht. Darüberhinaus änderte sich die Diktion Stuttes auch 1956 noch nicht, indem etwa die "Abstammung von Zigeunerfamilien" nach wie vor als ungünstiges Prognosezeichen für die persönliche Entwicklung gilt, bzw. ein "endogener Pauperismus" postuliert wird. (Die Zitate sind auch im Zusammenhang nicht besser.)

Eine öffentliche Distanzierung an der Beteiligung an den Vernichtungsprogrammen der Psychiatrien im deutschen Faschismus, sowie von seinen Kollegen (Hoffman, Villinger, Ritter u.a.) gab es von Hermann Stutte nicht. Damit muß der Vorwurf der Kontinuität des Denkens bestehen bleiben.

Wenn es Ihnen, Herr Remschmidt, um eine 'objektive' Auseinandersetzung der Person Stuttes gehen würde, hätten Sie an diesen Fakten nicht vorbeigehen können.
Eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte bundesdeutscher Psychiatrien hätte für uns u.a. auch die Konsequenz, die Achtung der PatientInnen in der Form ernstzunehmen, daß sie nicht als Sensationsobjekte in gefüllten Hörsälen an der Philipps-Universität Marburg vorgeführt werden.

Mit freundlichem Gruß

Anti-Eugenik-Bündnis Marburg

Gallenstein und Totenschädel: Ja. Menschen aber: NEIN!

Gegen Voyeurismus im Museum

Der Menschen Sammelleidenschaft ist hemmungslos. Der eine sammelt Briefmarken, der andere Damenunterwäsche, der nächste: Menschen ...! Nicht lebende, nein - doch nicht mehr im 20. Jahrhundert, nein: er sammelt Tote. Wie die Mitarbeiter des Pathologisch-Anatomischen Bundesmuseums im Wiener "Narrenturm" zum Beispiel oder die Historische Präparatesammlung der Charite zu Berlin oder die französische Pharmafirma Roussel Uclaf, eine Tochter des Frankfurter Hoechst-Konzerns, die 1985 die "Sammlung Spitzner" ankaufte und diese im Pariser Louvre ausstellen wollte. Und da eine Sammlung vor allem durch besonders seltene Stücke interessant wird, tragen diese Sammler auch nicht irgendwelche "Durchschnittsmenschen" zusammen und konservieren sie, sondern halt besondere.

Diese besonderen Menschen wurden im englichen Sprachraum als "freaks" und im deutschen als "Monster" bezeichnet. In der Mythologie sind sie als Zyklopen, Sirenen, Nixen, Janusköpfige und anderes beschrieben. Von den Urvölkern und der katholischen Kirche wurden sie als "Wechselbälger" bezeichnet und begriffen. Wer aber waren sie wirklich? Zuallererst einmal: MENSCHEN! "Monster", schreibt Hans Scheugl 1974 in seinem Buch "Show Freaks 6 Monster", "sind Kulminationspunkte des Schrecklichen, in ihrem Zentrum aber liegt die Unschuld. Sie sind Produkte der Angst, sie erzeugen sich nicht, denn die Angst und das Schreckliche existieren unabhängig von ihnen. Und wie wurden diese Menschen unter Menschen von Menschen behandelt?



Lebend oder präpariert - zum Gaudi der Menge.

Menschen mit körperlichen Mißbildungen wurden ihrer Seltenheit wegen zu allen Zeiten zu - meist unfreiwilligen - Schauobjekten ihrer Mitmenschen. in der Antike und im Mitttelalter waren diese, sofern man sie überhaupt leben ließ, persönlicher Besitz von Herrschern. Der Hofzwerg als lebendes Symbol des ebenso schlechten wie teuren Geschmacks der Fürsten und Könige, der bei Hofgelagen aus Kuchen und Pasteten springen mußte, ist wohl eine der bekanntesten Freak-Figuren. Der Hofzwerg bestätigte hier - zum Symbol des Untertanen geworden - die Größe seines Herrn. Aber auch die Großen, die Menschen, die als Riesen bezeichnet wurden, blieben vom Geschmack der Herrschenden nicht verschont. Die preußischen Könige Wilhelm I. und Wilhelm II. sammelten für ihre Regimenter und Leibgarden ihre "langen Kerls".

Seit dem 17. Jahrhundert sind Berichte über professionelle Schaustellungen menschlicher "Abnormitäten" überliefert. Die damals geläufige Bezeichnung für sie war, wie oben bereits erwähnt, MONSTER. Die umherwandernden Schausteller befriedigten das mit dem Bürgertum sich entwickelnde große Interesse an naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und an exotischen Neuheiten aus fremden Ländern. Das Ungewöhnliche und Wunderbare wurde, losgelöst von früheren religiösen Vorstellungen, materiell erfahrbar. Und erstmals entstand mit dem frühkapitalistischen Show-Business eine Chance für die Freaks, sich ein wenig besser in ihrer Umwelt zu behaupten und sich vor Herrscher-Willkür schützen zu können. Vor allem im Zirkus eröffnete sich ihnen eine eigene Welt, die sie zusammenbrachte und zusammenhalten ließ. Eindrucksvoll ist das noch heute für uns in dem 1932 gedrehten Film "Freaks" nachzuvollziehen, der immer mal wieder in den Kinos gezeigt wird. Hier können wir sie noch sehen: die sogenannten Lilliputaner und Riesen, Albinos, Rumpfmenschen, Haarmenschen, Vogelköpfe, Kolosse, Doppelmenschen und Halbmenschen, bärtige Damen und Armlose.
Meist stellten sie nicht nur ihre körperliche Besonderheit zur Schau, sondern zeigten ihr artistisches Können oder ihr clowneskes Talent.

Das Medium Film und die faschistischen

Regime in Europa ließen den Markt für die Showleute insgesamt und für die Freaks im besonderen immer kleiner werden.
In Deutschland wurde verfügt, daß "Abnormitäten" nur noch dann auftreten durften, wenn sie ein ärztliches Attest besaßen, "das ausdrücklich festlegt, daß die Inhaber dieser Beglaubigung keine Krankheiten körperlicher oder geistiger Art haben" (veröffentlicht in den "Bremer Nachrichten" v. 3.10.1937). Skelettmenschen, Kolosse, Haarmenschen, Armlose und die 'Dame ohne Unterleib' erhielten keine Genehmigung zur Schaustellung mehr, von Vogelköpfen ist bekannt, schreibt Hans Scheugl (Schow Freaks & Monster, 1974 Dumont Köln), daß sie in die Gaskammer gebracht wurden. Nur Riesen und Zwerge wurden weiterhin mit einigem Wohlwollen behandelt, denn sie waren bei den Deutschen durch ihre Sagen und Märchen als traditionelle Figuren zu beliebt. Nach dem Zweiten Weltkrieg sammelte sich in Europa in den Schaubuden der Jahrmärkte und Rummelplätze der letzte, eher traurige Rest von Zwergen, Riesen, dicken Frauen, Kraftmenschen und Schwertschluckern und verschwand spätestens Anfang der sechziger Jahre schließlich auch von dort. Lediglich in Amerika hat sich in den Zirkussen die Side-Show der Freaks bis heute erhalten.

Der wirtschaftlcihe Wohlstand des Westens erlaubt den körperlich "abnormen" Menschen heute meist ein erträgliches Auskommen, ohne daß sie gezwungen sind, sich lebend zur Schau zu stellen. Aber sie sind trotzdem kaum in das öffentliche Leben integriert. Sie sind immer noch abseits, in Side-Shows der Heime, Spezialschulen und Anstalten, oder im täglichen Leben zwar geduldet aber gemieden.

Aufklärung, Anatomie und medizinischer Fortschritt - jedoch: DER WÜRDE ENTBLÖSST

Im 19. Jahrhundert setzte verstärkt das Interesse der Mediziner an den Freaks ein. Sie wurden - lebend oder tot - untersucht, begutachtet und ausgestellt. Wie im "Pathologisch-Anatomischen Bundesmuseum" der österreichischen Hauptstadt, das im Wiener "Narrenturm" untergebracht ist, den Kaiser Joseph II. 1784 als Landesirrenanstalt bauen ließ. Neben präparierten und konservierten Mißbildungen aus der Tierwelt werden auch Tausende aus der menschlichen Welt hier aufbrewahrt und jährlich etwa 10-15.000 Besuchern vorgeführt. Unmittelbar hinter dem Eingang (des Wiener Museums) steht das Skelett "der kleinen Gräfin", ein zwergenhaftes Knochengerüst mit einem riesigen Schädel. Die kleine Gräfin litt an einem Wasserkopf (Hydrozephalus) und wurde nur fünf Jahre alt. "Die Eltern brachten sie in das Allgemeine Krankenhaus, wo sie gestorben ist", erzählte der Hofrat Dr. K. A. von Portele dem Schriftsteller Gerhard Roth, der 1989 einen Artikel im "ZEIT-Magazin" über seine Eindrücke in diesem Museum veröffentlicht hat. "In einer der ehemaligen Zellen befindet sich das Glasgefäß mit dem Oberkörper und dem Kopf eines anderen Hydrozephalus, der geheimnisvoll wie ein Wesen von einem anderen Stern zu schlafen scheint", schreibt Roth. "Daneben Behälter mit einigen hundert Gehirnschnitten und ganzen Gehirnen auf den Regalen. Bei so viel Leichenarbeit der Wissenschaft ... empfindet man Unbehagen. Gebrechen und Nacktheit liegen wehrlos offen. Ein Meer des Elends, denke ich mir, hat diese Geschöpfe und Organe an den Strand der Wissenschaft gespült, wo sie zergliedert, in Mormos und Kaiserling aufbewahrt, numeriert und katalogisiert wurden wie Fische oder Muscheln. Außerdem weckt der Anblick Assoziationen zur Tübinger Anatomie, wo sich 43 Jahre nach Kriegsende herausstellte, daß die angeblich "unersetzlichsten" Präparate von hingerichteten Widerstandskämpfern im 3. Reich stammten. ...
Im fünften Stock sind in weißen Eisenkästen mit Glasscheiben - Särgen der Wissenschaft - über 150 Skelette oder Skeletteile befestigt oder mit Draht aufgehängt. 'Schwere Formen der Tuberkulose', erklärt die Schwester laut, als spräche sie zu einer Gruppe. ...
Eins der berühmtesten 'Stücke' des Museums ist das Stopfpräparat eines dreijährigen Kindes, dessen Todesursache man nicht kennt. Eine Eisenstütze ist vom Holzsockel des schwebend montierten Präparates zwischen den Beinen durch die Perinealgegend eingeführt ... Es handelt sich um ein Kind weißer Rasse, das Haupthaar ist etwa ein Zentimeter lang und blond ... Die Gesichtshaut ist gelblich gefärbt und zwar durch Bemalung. Die Bemalung der Lippen und der geöffneten Augen ist ebenfalls typische "Präparatorenarbeit".

Die präparierten Neger (wie der legendäre Angelo Soliman, dessen Haut 1796, nachdem er 75jährig gestorben war, "über Holz gespannt" und der dann im 4. Zimmer des Naturalienkabinetts in der Hofburg "nackt mit einem Federgürtel um die Lenden" ausgestellt wurde oder das kleine sechsjährige ausgestopfte Negermädchen verbrannten 1848 während der Revolutionsereignisse, Gott sei dank. Würden sie heute sonst noch im Museum stehen?

Um es ganz deutlich zu formulieren: Ich habe nichts gegen die Anatomie als solche und nichts gegen notwendige Lehrunterweisungen von Medizinstudenten. Aber ich habe etwas gegen das Zurschaustellen von gestorbenen "anders"-artigen Menschen zum Ergötzen der sogenannten Normalen.
Das Phänomen des Begaffens von toten Menschen ist ein kulturell entwickelter, geschult an regelmäßig veranstalteten Hinrichtungen und Hexenverbrennungen bis in das 19. Jahrhundert hinein.
Das Begaffen baut nicht die Angst vor dem Fremden, Ungewöhnlichen ab, wie von einigen Psychologen angenommen, sondern kultiviert Distanz bis ins Unerträgliche. Es war und ist als organisierte Form eine von vielen Maßnahmen, um menschliches Leben leichter abwerten und nach Belieben umbringen zu können. Es ist nicht nur würdelos, es ist eine versteckte Maßnahme zur Stärkung des Euthanasie-Gedankens.

Drehen wir den Spieß um, wie würden Sie das empfinden, wenn wir forderten, daß sich Hofrat v. Portele nach seinem Tod seinem Museum ausgestopft als Exponat zur Verfügung stellen soll?! Oder Dr. Peter Krietsch, der Direktor der Historischen Präparatesammlung der Berliner Charite, der sich zum 100jährigen Jubiläum des von Rudolf Virchow eingerichteten Pathologischen Museums dessen öffentliche Wiedereröffnung wünscht. Oder Gisela Sonnenburg, die in der zitty 10/92 (Berliner Stadtzeitung, die red.) darüber geschrieben hat und die meint: "Diese Idee ist nur zu unterstützen." Denn "das fünfgeschossige Museumsgebäude am Humboldthafen steht noch ..."

Ich habe bei all diesem Wissen so viele Fragen an uns alle:

Wann führen wir Menschen unser Wissen, das wir vor allem seit der Aufklärung um unsere Einzelorgane gewonnen haben, wieder zum MENSCH als Gesamtheit zusammen? Und wann unser Wissen um unsere individuellen Mitglieder wieder zur Menschheit als solcher? - Und nicht mehr im Museum, sondern im Leben!

Wann leben wir miteinander in all unserer bezaubernden Vielfalt, die die Natur uns gegeben hat als die Menschheit? Die Wahrheit ist, daß wir nicht nur die "höchstentwickelte Gattung der Säugetiere" sind, sondern auch eine mit sehr reichhaltigen, mannigfaltigen Formen und Erscheinungen. Warum aber darf diese Wahrheit nur stumm hinter Mauern wie ein präpariertes Studienobjekt in der Welt sein, warum wird sie eingesperrt, angekettet, therapiert, "eingeschläfert", beruhigt, klassifiziert, beschrieben und inventarisiert, verdrängt und aufbewahrt? Immer noch!

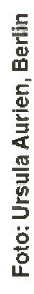
Im Zeitalter unserer sogenannten Post-Moderne.
In der Ersten Welt.
In Europa.

Gabriela Braden, Berlin

SESAM ÖFFNE DICH

Bundeseinheitliches Schließsystem für Krüppelscheißhäuser?




Foto: Ursula Aurien, Berlin

Seit geraumer Zeit diskutieren Krüppelverbände und -arbeitskreise die Frage, ob künftig alle öffentlichen bundesrepublikanischen WC-Anlagen für Behinderte, egal ob in den Untergrundbahnen oder in Parks, mit dem bereits von den Autobahn-WC-Anlagen für Behinderte bekannten bundeseinheitlichen Schließsystem zu versehen seien. Die Bundeseinheitlichkeit verfolgt hierbei das Ziel, Behinderten, RollstuhlfahrerInnen, die Benutzung einer der speziell für ihre Bedürfnisse konstruierten Toiletten zwischen Rostock und München, egal, ob in Untergrundbahn oder Park, zu ermöglichen, ohne dafür im Besitz x verschiedener Schlüssel sein zu müssen.

Die BefürworterInnen der beiden Handhaben sind allerdings noch zu keiner Lösung gelangt. Vor der endgültigen Beschlußfassung in München, wo dieses gegenwärtig besonders aktuell ist, konnten sie sich einzig auf eine auf ein Jahr festgelegte Testphase, während welcher die Türen zu den Behinderten-WC's weiterhin unverschlossen bleiben und die für ein Schließsystem sprechenden Gründe genauerer Betrachtung unterzogen werden sollen, einigen.

Der Anlaß für jene Überlegungen ist der in vielen Fällen jedwede Benutzung ausschließende Zustand der öffentlichen WC's für Behinderte. Betroffene haben nicht selten von Blockaden durch darin Schlafende, ausgerissenen Klinken, aus den Wänden gerissenen Kabeln, zerbrochenen Spiegeln und bekotzten, zertretenen, beschissenen Klobrillen - die darüber hinaus, da Behinderte auf diesen Platz nehmen müssen, die Gefahr, an Harnwegsinfekten zu erkranken, bergen - berichtet. Die Tür zur Toilette stand aber stets allen, also auch Vandalen, offen. Das soll mit dem Schließsystem

sein Ende finden.
Die Gegner und Gegnerinnen indes argumentieren, es sei Behinderten nicht zuzumuten, ständig einen WC-Schlüssel mit sich zu führen, obwohl unter uns Behinderten auch Autoinhaber- und WohnungsmieterInnen, die stets einen Kfz- und einen Hausschlüssel bei sich tragen, anzutreffen sind. An einem weiteren Schlüssel, überdies für die Verrichtung der Notdurft, werden wir bestimmt nicht zusammenbrechen. Außerdem, meinen die OpponentInnen, werde die Einführung getrennter Toiletten Teile bisher erreichter Integration zunichte machen, denn durch das Bestehen auf nur ihnen zugänglichen Toiletten kapseln sich die Behinderten ab. Ferner entstehe unter harnnotbefallenen BiergartenbesucherInnen zu Feindseligkeit gegen Behinderte eskalierender Unmut, wenn sie Schlange stehen müssen, obgleich das im selben Gebäude untergebrachte Behinderten-WC über viele Stunden von keinem Behinderten, keiner Behinderten, aufgesucht worden, ihnen aber die Benutzung nicht gestattet sei. Im übrigen werden Behinderten-WC's in der Regel nur von Betroffenen aufgesucht. Ergo kein Schließsystem fordern.
Jenseits allen Unzumutbarkeitsgewinsels, Befürchtungen einer erneuten Isolation und aller auf dem Klo stattfindenden Integration ist das bundeseinheitliche Schließsystem die geeignetste Maßnahme, die WC-Anlagen dem tatsächlich auf sie angewiesenen Personenkreis benutzbar zu halten: Infektionsgefährdete Behinderte bräuchten keine Erkrankung mehr durch verunreinigte Brillen zu befürchten, die Stadtwerke nicht mehr alle fünf Minuten Reparaturtrupps zu schikken und auch, wie in München geschehener, resignierender Kapitulation, die eben instand gesetzten Einrichtungen, werden in Kürze ohnehin wieder zerstört - weshalb sie also reparieren - würde auf diese Weise jede Grundlage entzogen. (Für TouristInnen, in deren Heimatländern noch kein einheitliches Schließsystem geschaffen worden oder ein andersartig gefertigter Schlüssel gebräuchlich ist und für Vergeßliche, die zwar im Besitz eines Schlüssels ind, jedoch vergaßen, ihn einzustecken, könnte er gegen ein Pfand oder/und die Vorlage des Behindertenausweise an verschiedenen Stellen einer Stadt erhältlich sein.)

Christian Holz, München

Vorschlag der randschau:
Einrichtung einer bundeseinheitlichen Vergabestelle für die Vergabe einer Berechtigung zum Erhalt eines Schlüssels zum Zweck des Scheißens an besonders dafür eingerichteten Örtlichkeiten, unter Beachtung der nach einer noch zu schaffenden DIN-Norm geltenden Richtlinien und unter besonderer Berücksichtigung der Gefahr des Mißbrauchs (da könnte ja jeder kommen!).

REZENSION:

Sigrid Arnade:

Weder Küsse noch Karriere.

Erfahrungen behinderter Frauen.



Sigrid Arnade
Weder Küsse noch Karriere
Erfahrungen behinderter Frauen
Die Frau in der Gesellschaft
Fischer



Ich will küssen und Karriere, denke ich mir, als ich den Titel höre und ärgere mich. Zu erwarten scheint unter dem Titel eine Aneinanderreihung von leidvollen Erfahrungen mit immer dem gleichen Ergebnis.
"Schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt, kaum Chancen auf dem Heiratsmarkt" so bestärkt der Klappentext mich. Aufgrund meiner Blindheit mußte ich mich jedoch zunächst mit (vorgelesenen) Auszügen und mit mehr oder weniger empörten Berichten von Freundinnen zufriedengeben. die randschau hat mir das Buch netterweise für diese Rezension auf Kassette zugänglich gemacht.

Die Autorin sieht das Ziel des Buches darin, "einerseits den betroffenen Frauen Mut zu machen, die bestehenden patriachalen Wertmaßstäbe anzuklagen, ihnen eigene Normen entgegenzusetzen, andererseits möchte ich dazu beitragen, daß behinderte Frauen als das gesehen werden, was sie sind, als Frauen." Wem sie das beweisen will, bleibt

dabei unklar. Im Folgenden berichten 12 Frauen über ihre Erfahrungen. Die Leserin lernt dann viele interessante Frauen kennen. Immer wieder erfährt sie, die Leserin, daß körperbehinderte Frauen als geschlechtslose Wesen erzogen werden, daß die Eltern mit Überbehütung oder Normalitätsdruck reagiert haben, daß die Frauen ihre Behinderung meist durch Leistung kompensieren mußten und müssen, daß die Leistung aber unter Umständen auch vor Zeiten langer Arbeitslosigkeit nicht schützt. Besonders interessiert haben mich jedoch die Unterschiede. Z.B. die konkreten praktischen Probleme bei der Kindererziehung als behinderte Mutter, die besonderen Probleme älterer Frauen oder die Situation von Frauen, die in der Ex-DDR lebten und auf Hilfe angewiesen waren. Aber ich erfahre auch allerlei Peinlichkeiten, z.B., daß Herr X die Brust von Frau Y schön findet, daß Frau Z eine Kontaktanzeige aufgeben möchte, sich aber nicht so recht traut usw. Und vor allen Dingen wird mir gewissermaßen heimlich, kaum merkbar, von der Autorin eine Bewertung untergeschoben, die ich aber doch merke und die mich empört. Eine Frau geht z.B. "mühsam, mit krummen Beinen und leicht gebeugtem Rücken ... ihre Füße stecken in klobigen Spezialschuhen ..." (S. 18). Eine andere ist "modisch gekleidet ... eine elegante Erscheinung" (S. 98) und wieder eine andere empfängt die Autorin "in einem blauen Rollstuhl, der altmodisch und für sie zu groß wirkt" (S. 185), um nur einige Beispiele zu nennen. Die genauen Beschreibungen der körperlichen Unzulänglichkeiten der Frauen interessieren mich nicht nur nicht, sie rufen mir vielmehr ins Gedächtnis zurück, daß die Autorin promovierte Tierärztin ist, deshalb, wenn auch aus einer anderen Perspektive, wohl einen Blick für solcherlei Dinge hat.

Von hinten durch die Brust ins Auge wird der geneigten Leserin nun doch wieder das Schönheitsideal nahegebracht. Sollten nicht, wie im Vorwort angekündigt, den patriachalen Wertmaßstäben eigene entgegengesetzt werden? Aber auch einen (männlichen) Partner scheint frau schon vorweisen zu müssen, denn "manche Menschen können den nichtvorhandenen Partner bis zu einem gewissen Grad durch gute Kontakte und intensive Freundschaften kompensieren" (S. 74). Wählte frau also andere Lebenformen, ist das wohl zweite Wahl. Das war ja schließlich schon immer so.

Beendet wird das Buch mit einem Nachwort, in dem auf wenigen Seiten ein Sammelsurium von Themen nacheinander in wenigen Sätzen abgehandelt wird: Nach einer relativ beliebig zusammengestellten Zahlensammlung, die die Situation behinderter Frauen quantitativ erfassen soll und die sich von der geschätzten Zahl behinderter Menschen weltweit über die Zahl behinderter Frauen in der EG bis zur statistischen Ermittlung unterschiedlicher Behinderungsgrade von Männern und Frauen in der Bundesrepublik erstreckt, kommt sie zu dem Schluß, "daß Frauen mit Behinderung mit rund 5 % der Bevölkerung nicht als kleine, zu vernachlässigende Minderheit zu betrachten sind" (S. 201). Na Gott sei dank - wären sie es bei 3 % gewesen? Dann erfahren wir, was auch der Titel schon nahe legt, diesmal statistisch untermauert: "Während etwa 75 % der behinderten Männer verheiratet sind, gilt dasselbe nur für jede zweite behinderte Frau." (S. 201/202) Danach wird anhand einiger sonderpädagogischer Literatur nachgewiesen, daß behinderte Frauen als Neutren betrachtet werden. Und einige Sätze weiter heißt es: "Das Image behinderter Frauen als Geschlechtsneutren bringt auch scheinbare Vorteile mit sich: Nichtbehinderte Frauen kämpfen seit Jahren für das Selbstbestimmungsrecht in Bezug auf einen Schwangerschaftsabbruch und die Sterilisation. Da haben es Frauen mit Behinderung leichter. Von ihnen wird geradezu erwartet, daß sie ein Kind abtreiben ... Frauen mit Behinderung sind eben keine vollwertigen Menschen und sollen sich nicht auch noch fortpflanzen." Diese Aussagen sind weder falsch noch neu, doch die gewählte Kürze und die Form der Aneinanderreihung dieser unterschiedlichen Themen (einschließlich Ausbildung und Arbeitsmarkt) auf nur vier Seiten scheint mir unangemessen.

Das Konzept dieses Buches ist mir beim Lesen nicht so recht klar geworden. Es handelt sich m.E. um eine Mischung zwischen Selbstbekenntnisliteratur und Boulevardzeitungsjournalismus. Der Erfolg von Bekenntnisliteratur von Frauen Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre begründete sich auf einem Solidarisierungseffekt, der vor allem darauf beruhte, daß Frauen mit ihren eigenen Erfahrungen in einer selbstgewählten Form an die Öffentlichkeit gingen. Vielleicht wäre der Unterschiedlichkeit dieser Frauen eher Rechnung getragen worden, wenn sie ihre Texte selbst mit ihren eigenen Schwerpunkten und Schreibstilen hätten schreiben können, weil nur so ein höheres Maß an Authentizität zu erreichen ist. Während behinderte Leserinnen ihre Erfahrungen in den Aussagen der behinderten Frauen zum Teil wiederfinden können, vermittelt die Bewertung der Interviews bei den nichtbehinderten Leserinnen Distanz, frei nach dem Motto: Gut, daß es mir nicht so geht.

Jutta Rütter, Berlin

Sigrid Arnade: Weder Küsse noch Karriere - Erfahrungen behinderter Frauen; Fischer Taschenbuch Die Frau in der Gesellschaft, Sept. 1992, ISBN 3-596-10624-9; 14,90 DM



LESERBRIEFE

Sterbehilfe, nein Danke, so schäumte es auch mal wieder durch die letzte "randschau". Von Leuten, bestens als Medienrummel inszeniert, so möchte ich hier behaupten, die auf ihrer Insel der Proteste beheimatet sind, aber nicht in der realen Umwelt. Wer von den Marktschreiern denn hat reell ein ganzheitliches Betreuungsangebot in der Tasche, wo der Pflegende überrepräsentiert ist. Also, der Patient dauernd bzw. in hervorragend großem Umfang, schnellstmöglich mit absoluter Zuverlässigkeit, Hilfe in Anspruch nehmen kann.
Ich arbeite auf einer Sozialstation und fahre meine Einsätze. Kann der Patient seine Notdurft morgens nicht in der Pfanne verrichten, die ich ihm unterschiebe (in meinen 40 Min. Maximalaufenthalt laut Paragraph 55 = 750,- DM monatlich), hat er Pech gehabt und zum "Ausräumen" ist wenig Zeit. Macht dann in die Windel, Bett, das muß mir egal sein, der Nächste wartet. Am folgenden Tag dann wieder 40 Minuten für die Grundpflege da, heute hier geschlampt, morgen woanders, Hauptsache, er stinkt nicht so dermaßen.
Ja, meine lieben Damen und Herren Revoluzzer, da steckt von Euch keiner die Nase hinein. Allzuoft höre ich den Wunsch nach dem Tod als die beste Lösung. Die Patienten haben recht. Oder habt Ihr außer Anti-Kampagnen einen Lösungsvorschlag, wohl kaum.

Uwe Müller, Ratingen

Anmerkung der Redaktion:
Wir fürchten, Du meinst es ernst. Glaubst Du tatsächlich, daß "beschissene" Umstände durch die Beseitigung ihrer Opfer "gelöst" werden?

zum Beitrag von Gerlef Gleiss: "Schäuble in seiner reduzierten Fassung" in 'dr' Nr. 5/92, S. 5:

Liebe Leute,
erstmal ein Kompliment: Die o.a. Ausgabe war für mich als hauptberuflicher behinderter Medienarbeiter die interessanteste seit langem. Ich freue mich, wenn auch unwissend, durch ein altes Foto dazu beigetragen zu haben (S. 20).

Der Beitrag von Gerlef Gleiss hat mich allerdings durch seine Leichtfertigkeit geärgert. Sicher gibt es eine 'Sonderbehandlung' des behinderten Schäuble. Sicher habe auch ich mich über oberflächliche Fragen geärgert, die Radtke an Schäuble stellt. Nur war das eben kein Anbiedern, sondern der (letztlich gescheiterte) Versuch, einen journalistisch verwertbaren Dialog zustande zu bringen. Wie schwer das ist, weiß vielleicht nur eine(r), der versucht, von diesem Beruf zu leben, obwohl die Medien generell der Meinung sind, Menschen im Rollstuhl taugten nur als Objekt und nicht als Subjekt, das tatsächlich selbst publizieren will.

Eine derart beschissene, menschenfeindliche und diskriminierende Formulierung wie "reduzierte Fassung" sollte m.E. auch nicht ironisch für eine Headline verwendet werden. Das wirkt nur vorurteilsbestätigend.

Apropos Vorurteile: Ich weiß nicht, ob Rüggeberg, Arnade oder Radtke von irgendjemandem zu Schäuble "geschickt" wurden, ich jedenfalls nicht. Ich habe noch im Dezember 90 an Schäuble geschrieben und habe ihm einen Kommentar von mir geschickt, in dem Fragen nach seiner Zukunft als behinderter Politiker gestellt wurden. Schäuble hat sehr schnell geantwortet und hat dann ein PARAPLEGIKER-Team in die Klinik zum Interview geladen. Wir waren die ersten und die einzigen, die dort Fotos von ihm machen durften. Ich bin stolz auf diese Leistung - zu unrecht? Soll ausgerechnet in der 'randschau' der Eindruck erweckt werden, daß die Arbeit behinderter MedienarberInnen nicht ernst zu nehmen ist oder daß sie nicht in eigener Verantwortung handeln? Das fände ich doch sehr bedauerlich und der Sebstbestimmt-Leben-Überzeugung, die wir ja wohl teilen, sehr zuwiderlaufend.

Peter Mand
verantwortl. Redakteur
PARAPLEGIKER
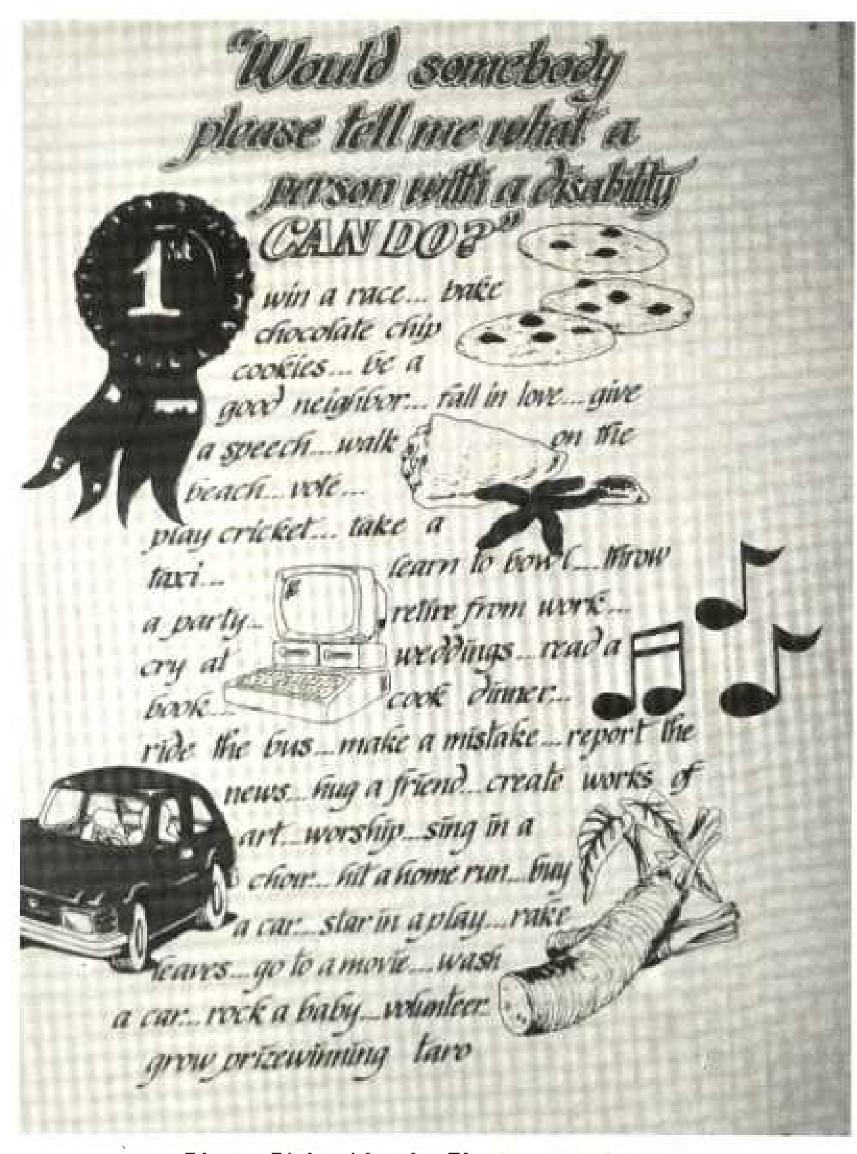


Foto: Barbara Eckert, Berlin

Dieses Plakat hing im Eingangsbereich des "Disabled Persons Center" auf Rarotonga

VOR-schau

Postvertriebsstück * Gebühr bezahlt
Hg.: CeBeeF Köln, Pohlmannstr. 13, 5000 Köln 60
Versand: 'die randschau', Mombachstr. 17, 3500 Kassel

G 7955 F

Geplant für die Januar/Februar-Nummer:
Schwerpunkt Assistenz.

ERSCHEINT ENDE FEBRUAR/ ANFANG MÄRZ

Gegen die tödliche Gleichgültigkeit!

Was vor zehn Jahren in die Rubrik sience fiction gehörte, gehört mittlerweile zum deutschen Alltag: Deutschland - einig Vaterland. Aber auch: Deutschland brennt. Eine Horror-Vision, von der wir dachten, sie gehöre ein für alle mal der Vergangenheit an, schlägt uns jeden Tag neu ins Gesicht.
Ein Volk steht daneben und schaut zu, klatscht sogar Beifall, wenn Häuser brennen, die die Ordnung der deutschen Saubermänner stören; ein Volk schaut zu, wenn Menschen, die angeblich schon wieder zu viel sind in Deutschland, angegriffen und getötet werden.
Es ist keine Zeit, erst Toleranz zu üben. Toleranz kann und darf nicht auf Kosten von Menschenleben "gelernt" werden. Da gibt es keine Schonzeit, weder für verwöhnte Wessis noch für verwirrte Ossis. Weder Arbeitslosigkeit noch "Identitätsprobleme" noch sonst welche Probleme rechtfertigen den Angriff auf Menschen. Und Menschen haben nicht erst dann Anspruch auf Schutz, wenn sie 'verdiente Fast-Deutsche' sind.
Jeden Tag werden Menschenleben und Menschenwürde angetastet. Es ist allerdings fatal, nur die eventuelle eigene Betroffenheit zu sehen und nur die eigene Sicherheit zu fordern. Rassistische Gewalt wird sich gegen jeden richten, der nicht in das Raster vom guten Deutschen paßt, seien es AsylbewerberInnen, Sinti und Roma, Jüdinnen und Juden, Schwule und Lesben, Behinderte oder andere "unnütze Esser". Solidarität muß für alle gedacht und gefordert werden.
Während die Opfer der rassistischen Gewalt immer noch und immer wieder zu den eigentlichen Tätern gestempelt werden, die herrschende Politik tagtäglich neue Flächenbrände legt, rufen wir zum Eingreifen auf!
Schaut nicht weg und schreitet ein, wenn Menschen beschimpft, bespuckt und angegriffen werden!

JedeR kann etwas tun:
nicht wegsehen
nicht vorbeigehen
nicht schweigen
nicht mitmachen